



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

XX. Die neue Mächtegruppierung und die Marokko-Konferenz von 1906.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76985)

XX

Die neue Mächtegruppierung und die
* Marokko-Konferenz von 1906 *

Französische Angebote an Deutschland	59
Strömungen am Petersburger Hof. Nikolaus II. Lambsdorff. Witte.	64
Zusammenkunft von Björkoe	67
Rußlands Absichten von Deutschland	71
Englisch-französische Militärkonvention	76
Konferenz von Algeciras	81
Vermittlung des Wiener Kabinetts. Einlenken Deutsch- lands	83
Holsteins Scheiden aus dem Dienst	86
Belgien im Lager der Feinde Deutschlands	89
Ergebnisse der Algeciraskonferenz	93

Der Fall Delcassés war nur ein blendender und kein nachhaltiger Erfolg der deutschen Diplomatie. Bloß in der Vorfrage, ob dem Berliner Kabinett bei der Entscheidung über Marokko eine Stimme gebühre, drang der Anspruch Deutschlands durch, über die Sache selbst war noch nichts ausgemacht. Nun aber ruft schon der Schein eines politischen Sieges die Eifersucht der anderen Kabinette wach, und sofort bildet sich ausdrücklich oder stillschweigend eine Verschwörung aller gegen den einen, um ihm den Erfolg zu entreißen.

*

Französische Angebote an Deutschland

Bülow, der am 6. Juni 1905 in den Fürstenstand erhoben wurde, sah sich durch das Errungene zum Fortschreiten auf seinem Wege bestimmt. Da die von Holstein empfohlene Methode sich bewährt hatte, war das Vertrauen des Kanzlers in ihn befestigt. Die marokkanischen Angelegenheiten wurden auch weiter von Holstein bearbeitet, sein Rat blieb maßgebend, wenn der Reichskanzler auch mitunter seinen Aberglauben dämpfen mußte. Bülow und sein Ratgeber waren der Ansicht, daß man den Franzosen bestimmt bedeuten müsse, Deutschland sei durch den Rücktritt Delcassés nicht zufriedengestellt, sondern fordere nach wie vor den Verzicht Frankreichs auf die Herrschaft über Marokko. Die deutsche Regierung ließ also Rouvier am 10. Juni durch den Botschafter Fürsten Radolin sagen: „Wir stehen hinter der Konferenz. Wenn sie nicht stattfindet, gilt der Status quo, und Sie müssen wissen, daß wir hinter Marokko stehen¹⁾.“ Aus dieser Erklärung ging hervor,

¹⁾ So nach dem französischen Selbstbuch Nr. 269, S. 232.

daß die Unabhängigkeit des Sultans das letzte Wort Deutschlands war. Um die deutsche Politik auf diesen Grundsatz festzulegen, war Kaiser Wilhelm vermocht worden, in Tanger zu erscheinen.

Schon Delcassé hatte versucht, der deutschen Regierung die französische Schutzherrschaft über Marokko mundgerecht zu machen. Diese Tatsache wurde 1911 durch eine Mitteilung des Staatssekretärs Riederlen-Wächter in der Budgetkommission des Reichstags bekannt, ohne daß von ihm ausgeführt worden ist, worin im einzelnen der Versuch Delcassés zu einer direkten Verhandlung bestand¹⁾. Dagegen liegen Angaben über die Vorschläge vor, welche die französische Regierung auf einem Umweg zur selben Zeit nach Berlin gelangen ließ. Zur Übermittlung wurde Luzzatti ausersehen, der wiederholt italienischer Schatzminister gewesen war, sich aber seit dem März 1905 nicht im Amte befand. Damals war noch Delcassé Minister, aber die Wahl Luzzattis, eines der hervorragendsten Nationalökonomien Italiens, läßt vermuten, dieser sei von Rouvier herangezogen worden. Der von dem italienischen Staatsmanne dem deutschen Botschafter Grafen Monts überantwortete Vorschlag bezweckte einen Ausgleich der Interessen der zwei Mächte. Darnach war der Großteil Marokkos dem französischen Einflusse überlassen, wobei aber, mit Rücksicht auf das persönliche Eingreifen Wilhelms II., die Souveränität des Maghzen formell aufs neue Anerkennung finden sollte; auf der anderen Seite wurde dem deutschen Reiche die Besiznahme zweier Häfen in Marokko, darunter Casablanca, freigestellt und die Aussicht auf Zugeständnisse im Kongogebiet eröffnet. Dieses Angebot wurde vom Grafen Monts mit einer warmen Empfehlung nach Berlin geleitet. Der Botschafter hielt dafür, mit der Zustimmung wäre ein doppelter Vorteil verbunden, die Ver-

¹⁾ In dem halbamtlichen Berichte über den Vortrag Riederlen-Wächters vor der Budgetkommission des Reichstages (11. November 1911) heißt es: „Im Jahre 1905, nach der Tangerreise des deutschen Kaisers, habe Delcassé einen Versuch einer direkten Verhandlung gemacht, der aber mangels positiver Vorschläge zu einem Ergebnis nicht geführt habe. Dann habe Rouvier wiederum auf offizlösem und auch offiziellem Wege dem Wunsche nach einer Verständigung Ausdruck gegeben. Damals sei zum erstenmal das Wort „Kongo“ gefallen. Von unserer Seite seien positive Vorschläge verlangt worden, ohne daß sie zu einem Ergebnis geführt haben. Inzwischen hatten wir uns auf den Standpunkt festgelegt, daß Änderungen in Marokko nur mit Zustimmung der Signatarmächte der Madrider Konferenz erfolgen könnten, um uns eventuell nicht zwischen zwei Stühle zu setzen. Daher habe Fürst Bülow nicht weiter auf die französischen Verständigungswünsche eingehen können, die niemals von positiven Vorschlägen begleitet gewesen seien.“

ständigung mit Frankreich wie eine schätzenswerte Erweiterung des deutschen Kolonialbesitzes in Afrika.

Die deutsche Regierung beharrte jedoch auf ihren Vorfähen und ging nicht auf die Unterhandlung ein. Die formelle Anerkennung des Sultans als Souverän, zu der Frankreich die Hand bot, würde nach der Ansicht Bülow's und Holsteins nichts an dem Eindrucke geändert haben, daß er preisgegeben werde und Deutschland sich auf seine Kosten vergrößern wolle. Auch die sich daraus ergebende Schwächung der persönlichen Autorität Kaiser Wilhelms wäre zu bedenken. Abriqens, so wandte man in Berlin ein, weshalb machte die französische Regierung den Umweg über Rom? War ihr Angebot etwa eine Falle? Vielleicht lockte sie das Berliner Kabinett nur heran, um feststellen zu können, daß die deutsche Regierung in Marokko so uneigennützig nicht war, wie sie sich gab. Wenn Deutschland sich auf Unterhandlungen einließ, so war, zu diesem Schlusse kam die deutsche Regierung, der Beweis geliefert, daß ihr an dem Sultan und seiner Souveränität so viel nicht lag. Das waren die Gründe der Ablehnung des Berliner Kabinetts, die aber nicht die Zustimmung des Grafen Monts fanden. Der Botschafter sah in dieser Schroffheit einen Mißgriff und wurde in seinem Urteil durch die nächsten Ereignisse bestärkt. Seitdem begann eine immer schärfere Entfremdung zwischen ihm und Bülow.

Sobald Rouvier das Ministerium des Auseren übernommen hatte, erneuerte er den Versuch. Für beide Mächte, so ließ er in Berlin vorstellen, sei es ratsam, sich noch vor dem Zusammentritte der Konferenz zu einigen, um diese Versammlung vor eine fertige Tatsache zu stellen. Er ging zwar auf den Konferenzgedanken ein, aber nicht bedingungslos; denn den durch den Vertrag mit England erworbenen Rechten Frankreichs wollte er nichts vergeben und sie auch Deutschland gegenüber zur Geltung bringen. Es war für Rouvier eine Lebensfrage, aus dem widrigen Handel mit Ehren herauszukommen. Er mußte seinem Lande den Beweis liefern, daß Delcassé nur geopfert worden war, um vom Berliner Kabinett bessere Bedingungen zu erhalten. Bei dieser seiner direkten Verhandlung mit Berlin verlangte Rouvier also für Frankreich in Marokko Ellbogenfreiheit, deutete aber an, er sei zu einer Entschädigung am Kongo bereit. Ob auch diesmal von ihm ein Stück Marokkos angeboten wurde, ist unbekannt; Staatssekretär Riderlen-Wächter wenigstens erwähnte davon nichts in den 1911 vor dem Reichstagsauschuß gemachten Mitteilungen. Die deutsche Re-

gierung verhielt sich Rouvier gegenüber zwar ebenso kühl wie früher, verlangte jedoch bestimmte Vorschläge, um sich entscheiden zu können. Da Rouvier jedoch seine Karten angesichts der sichtbaren Abneigung Deutschlands nicht aufdecken mochte, kam die Sache ins Stocken. Ließ man sich in Berlin auf nichts ein, so wollte er sich durch das Angebot von Gebietsteilen oder Vertragsrechten am Kongo nicht bloßstellen. Er befürchtete, wenn seine Bereitwilligkeit dazu in Frankreich bekannt wurde, die heftigsten Angriffe auf seine Geschäftsführung.

Die Idee eines Austausch von Marokko gegen Gebiete am Kongo tauchte übrigens auch in der deutschen Diplomatie auf. Rühlmann, der in Abwesenheit des Grafen Tattenbach Geschäftsträger in Marokko war, besprach mit seinem französischen Kollegen, Grafen Cherisey, eine derartige Lösung. Wie oben erzählt wurde (Band I, Seite 65), hatte Frankreich von Leopold II. das Vorkaufsrecht auf den belgischen Kongo für den Fall erworben, daß der König sich jemals seines Besitzes würde entäußern wollen. Rühlmann faßte nun die Abtretung dieses Vorkaufsrechtes als Preis ins Auge, damit Deutschland den Franzosen in Marokko Platz mache, und Cherisey fand, die Sache lasse sich hören. Die zwei Diplomaten hatten keine Vollmacht von ihren Regierungen; Rühlmann aber brachte den Vorschlag selbst nach Berlin, um ihn dem Reichskanzler zu unterbreiten. Dieser ließ ihn an Holstein weisen, der alles anhörte, jedoch erwiderte, Deutschland müsse unbedingt auf der vollen Unabhängigkeit Marokkos bestehen. So war auch diese Möglichkeit einer Vereinbarung von der Hand gewiesen.

Als sich später herausstellte, das Berliner Kabinett hätte gut daran getan, auf den 1911 zuletzt doch geschlossenen Ausgleich schon sechs Jahre früher einzugehen, verantworteten sich die beteiligten Staatsmänner dahin, es sei von der französischen Regierung 1905 kein bestimmter Vorschlag auf direktem Wege gemacht worden; es wären immer nur Andeutungen gewesen oder Anträge durch dritte Hand, die aber für die französische Regierung nicht bindend waren. In diesen Erklärungen Bülow's, Riederlen-Wächters und anderer Diplomaten liegt eine gewisse Wahrheit, ohne daß sie den Sachverhalt erschöpfen. Rouvier trat an die deutsche Regierung allerdings nicht mit einem festen Programm heran. Indessen wird im diplomatischen wie im Geschäftsverkehr der bereitgehaltene Preis naturgemäß nicht genannt, wenn der andere Teil von vornherein erklärt, sich auf den Handel nicht einlassen zu wollen. Es war von Rouvier nicht zu verlangen, daß er seine Tasche ohne

weiteres ausleere. Es ist in solchen Fällen nicht üblich, gleich den vollen Preis zu nennen. Hätte man mit Rouvier gesprochen, so würde er entweder Stücke am Kongo oder von Marokko, vielleicht auch von beiden etwas, in Aussicht gestellt haben. Nur darin war die deutsche Regierung im Recht, daß sie annahm, ein deutsch-französischer Mitbesitz in Marokko würde zu fortwährenden Streitigkeiten führen. Anders standen die Dinge am Kongo. Hier waren Erwerbungen in jeder Hinsicht wünschenswert, denn in Südafrika konnte noch ein deutsches Kolonialreich geschaffen werden, sofern es gelang, Deutsch-Ostafrika und Südwestafrika über den belgischen Kongo hinweg zu einem Gebietsganzem zu vereinigen.

Indessen richtete sich 1905 der weltpolitische Plan, von dem die deutsche Regierung ausging, auf ganz andere Gebiete des Erdballs. Sie verfolgte schon damals das Ziel, die islamische Welt enge an Deutschland anzuschließen. Das war eine vielverheißende Idee, die von Kaiser Wilhelm 1899 zu Damaskus verkündet wurde; er versicherte damals die Bekenner des Islams seiner Freundschaft. Sorgsam war seitdem nach diesem Grundriß weiter gebaut und der Schienenweg nach Bagdad in Angriff genommen worden. Am Bosporus war der deutsche Botschafter Marschall der unermüdlige Förderer dieser Entwürfe. Von ihnen erfüllt, bestärkte Marschall 1905 den Reichskanzler, wie dieser in seinem Buche „Deutsche Politik“ berichtet, in seiner Absicht, den Sultan von Marokko zu unterstützen. Es würde auf die Bekenner des Islams, so schrieb der Botschafter, einen schlechten Eindruck machen, wenn man Marokko preisgäbe. Anderer Ansicht waren die Botschafter in Paris und Rom; sie rieten, sich auf Kosten des Maghzen mit Frankreich auszugleichen. Graf Monts führte auch ins Treffen, Italien sei kein zuverlässiger Bundesgenosse und werde bei einem Zusammenstoße mit Frankreich voraussichtlich abfallen. Doch umsonst; in Berlin schlug der von Marschall entwickelte Gedankengang durch. Dieser irrte jedoch in der Annahme, daß der Sultan in Stambul für den in Fez einstehe. Die Beherrscher Marokkos betrachteten sich als direkte Nachkommen der Tochter des Propheten aus der Ehe mit Ali und erkannten die Sprossen Osmans nicht als Kalifen an; Abdul Hamid nahm also keinen besonderen Anteil an dem Schicksal des Maghzen. Es war ein Fehler, seinethalben den Ausgleich über Marokko abzulehnen.

*

Strömungen am Petersburger Hof. Nikolaus II. Lambsdorff. Witte

Die Harthörigkeit der deutschen Regierung hatte aber noch einen anderen Grund, und das war die Gewißheit, daß Rußland weder den Willen noch die Macht hatte, Frankreich während der Delcassé-Krise zu unterstützen. Jenseits des Rheins wieder war Laten- und Angriffslust durch den betrüblichen Eindruck der Niederlagen Rußlands im japanischen Kriege und seiner inneren Zerrüttung gelähmt. Trotz dem russisch-französischen Bündnisse war es zudem nicht ganz sicher, ob der Zar bei seinem persönlichen Verhältnisse zu Kaiser Wilhelm und im Gefühle der Zusammengehörigkeit der Herrscherhäuser unter allen Fällen für die Franzosen Partei ergreifen werde. Die deutsche Regierung hatte ihm im japanischen Kriege große Dienste geleistet, ihm gestattet, sein ganzes Heer von der Westgrenze abzuziehen und in den Kampf gegen Japan und die russische Revolution zu schicken. Deutschlands Uneigennützigkeit setzte sich dabei über die Grenzen der Klugheit hinweg; zog es doch die Unzufriedenheit Britanniens und dessen Kriegsdrohung auf sich. Wenn Rußland auch, wie wir wissen (Band II, Seite 21), sich trotzdem nicht für ein Bündnis mit Deutschland gewinnen ließ, so fühlte sich der Zar doch in herzlicher persönlicher Freundschaft zum Kaiser hingezogen. Auf der anderen Seite war Nikolaus II. von tiefem Unwillen gegen England erfüllt, da es den Japanern dieselben Dienste geleistet hatte, wie Deutschland ihm selbst. Von Eduard VII. sprach der Zar in seinem Briefwechsel mit Kaiser Wilhelm als von dem „Erzintriganten und Unheilstifter“ in Europa¹⁾.

Indessen ward Nikolaus bei seiner Schwäche und Urteilslosigkeit von den in seiner Umgebung sich bekämpfenden Einflüssen hin und her gezogen. Sein Minister des Auseren, Lambsdorff, hielt ihn bei dem Bündnisse mit Frankreich fest und stellte sich dem Zusammenschlusse mit Deutschland in den Weg; der hervorragendste Staatsmann seines Landes dagegen, Finanzminister Witte, arbeitete für ein

¹⁾ So nach dem Briefe Wilhelms II. an den Zaren vom 22. August 1905, S. 195 ff.

umfassendes Bündnis der Mächte des Festlandes, um Englands Übergewicht zu brechen und es für seine russenfeindliche Haltung zu bestrafen. Witte war dabei in erster Linie durch ökonomische Erwägungen bestimmt. Er leitete die russischen Finanzen seit September 1892 und erwarb sich um sie große Verdienste. Er hatte den Staatshaushalt in Ordnung gebracht, die Goldwährung eingeführt, das Branntweinmonopol und die Verstaatlichung der Eisenbahnen ins Werk gesetzt¹⁾. Dies alles war möglich geworden, weil sich die Ausfuhr des russischen Getreides während seiner Verwaltung mächtig hob. Da die einströmenden Gegenwerte seine Arbeit erleichterten, baute er mit einer, wie seine Gegner behaupteten, gefährlichen Einseitigkeit darauf seine Verwaltung auf; denn während die Staatsfinanzen gediehen, ward dem Volke die Brotfrucht verteuert, deren Verbrauch eingeschränkt. Da Witte nun den Außenhandel zum Eckstein seines Systems machte, Deutschland aber der beste Käufer und Zahler von Bodenerzeugnissen, daneben auch der größte Lieferant von Industrieerzeugnissen war, so erblickte er im Deutschen Reiche den natürlichen Bundesgenossen Rußlands. Indessen wollte er darum nicht von Frankreich abrücken, schon deshalb nicht, weil dieses unaufhörlich mit den Anleihen aushalf, die für die Rüstungen gegen Japan wie für den Bau von Eisenbahnen und sonstiger Anlagen unentbehrlich waren. Da er außerdem überall auf die Gegnerschaft Englands stieß, formte sich in seinem Geiste der Plan, das Zarenreich, Deutschland und Frankreich zu einem festländischen Block zu vereinigen, um so der britischen Seeherrschaft die Spitze zu bieten²⁾. Er erwartete allerdings, wenn er die Brücke von Berlin nach Paris schlagen half, von der deutschen Regierung eine wichtige Gegenleistung: sie dürfe in den Balkanfragen Österreich-Ungarn nicht mehr unbedingte Hilfe leisten, sondern müsse den russischen Ansprüchen Gehör schenken. Dabei hatte er aber, wenigstens solange Rußland darniederlag, nicht eine Politik der Ausdehnung, sondern des Friedens im Auge, der durch die Versöhnung Frankreichs mit

¹⁾ Über seine Tätigkeit als Finanzminister berichtet Witte ausführlich in seinen 1921 erschienenen „Mémoires du Comte Witte; traduction de François Rousseau“, Paris, S. 40 ff.

²⁾ In seinen „Mémoires“ l. o. berichtet Witte eingehend über seine Unterredungen mit Wilhelm II., die sich auf die Einigung Rußlands, Frankreichs und Deutschlands bezogen. Witte (Mém., S. 366 ff.) hatte bereits 1897 in Peterhof diese Ansicht Wilhelm II. vorgetragen.

Deutschland gesichert gewesen wäre. England war dann in seine Schranken zurückgewiesen.

Durch diesen Gedankengang trat Witte jedoch in Gegensatz zu der in Rußland überaus starken deutschfeindlichen Strömung. Seine Entwürfe waren den Panflawisten ein Greuel, aber auch wer bloß russisch und nicht allslawisch empfand, wie Lambsdorff, wollte das Geleise der 1891 begründeten Bündnispolitik nicht verlassen. Denn es war so gut wie ausgeschlossen, daß Frankreich sich zum Dritten im Bunde werde gewinnen lassen; eher war dessen Abwendung von Rußland und das Abschwanken zu Großbritannien zu erwarten. Und ein so dienstwilliger, so gefügiger Bundesgenosse wie die französische Republik war schlechterdings nicht zu ersetzen. In dieser Auffassung hatte der Minister des Aeußeren die meisten Botschafter und Gesandten auf seiner Seite, unter ihnen Bencendorff in London, Melidow in Paris, Iswolskij in Kopenhagen. Wohl wirkten Graf Osten-Sacken in Berlin, Graf Kapnist in Wien für ein gutes Verhältnis zu den Mittelmächten, ohne daß sie, soviel bekannt geworden ist, einen Wechsel des von Alexander III. begründeten Systems befürworteten. Zunächst nun überwog beim Zaren der Einfluß Wittes, der schon deshalb eine starke Stellung hatte, weil er der geeignete Mann war, um die Friedensverhandlungen mit Japan zu führen. Im Juli reiste er über Paris nach Nordamerika, wo er zu Portsmouth mit den japanischen Bevollmächtigten zusammentraf. Indessen waren die Witte entgegnetenden Hemmungen überstark, und wenn auch der Zar der Meinung Wittes zuneigte, so hätte nur ein willensstarker Herrscher die Widerstände, besonders die panflawistischen, besiegen und ein durch ein Bündnis befestigtes, dauerndes Einvernehmen mit Deutschland herstellen können.

Für Deutschland war die Aussicht, über Petersburg zur Ausöhnung mit Frankreich zu gelangen, derart lockend, der Vorteil so augenscheinlich, daß Kaiser Wilhelm dieses Ziel wie im Vorjahre mit Feuereifer verfolgte. Von Bülow ist nicht dasselbe zu sagen. Er ließ dem Kaiser zwar bei dem Beginnen seine Unterstützung, er scheint aber von vornherein an dem Erfolge gezweifelt zu haben, und in tiefstem Grunde hielt er es für vorteilhafter, wenn die deutsche Regierung in unabhängiger Stellung zwischen Rußland und Britannien blieb, sich weder hier noch dort tiefer verpflichtete. Besser als über Bülow sind wir über die Gesinnung und Haltung Holsteins unterrichtet. Am Tage, nachdem Kaiser Wilhelm dem Zaren seinen Bündnisvorschlag gesendet

hatte (Band II, Seite 21), am 31. Oktober 1904, fand beim Reichskanzler eine Beratung statt, bei welcher Holstein den Eingeladenen, darunter Tirpitz und Schlieffen, dem Generalstabschef, über jenen Schritt Mitteilung machte und ihn näher begründete¹⁾. Er wünsche das Bündnis mit Rußland, um auf die französische Regierung den stärksten Druck üben, um sie zum endgültigen Verzicht auf Elsaß-Lothringen nötigen zu können. Hierbei fällt zunächst auf, daß Holstein es gewesen war, der 1890 die Verlängerung des von Bismarck geschlossenen Rückversicherungsvertrags vereitelt hatte; damals verschüttete er den Weg zu einem Bündnisse mit Rußland. Jetzt dachte er anders; offenbar durch die veränderte Weltlage belehrt und in der Sorge vor einem von England etwa zu führenden Schlag. Dieser nach vierzehn Jahren eintretende Meinungswechsel läßt sich sehr wohl verstehen; bedenklich aber ist, daß Holstein ein umfassendes Festlandsbündnis durch gegen Frankreich gerichtete Drohungen und durch die von ihm geleitete herrische Marokkopolitik zustande bringen wollte: die Franzosen sollten in die Allianz mit Deutschland hineingezwungen werden. Ein in sich widerspruchsvoller Gedanke, der sich über das wirkliche Leben und den Charakter des französischen Volkes hinwegsetzte; war es doch ausgeschlossen, daß es, wenn auch an die Wand gedrückt und gedemütigt, sich aufrichtig zu einer festen Verbindung mit Deutschland bequemen würde. Auch diesmal war der Ideengang Holsteins künstlich und bewegte sich im Zickzack, in überfeinerten, überspizten Paradoxien. Mit gutem Grunde hielt Tirpitz, der von dem Bündnisse mit Rußland abriet, um das zur See noch unfertige Deutsche Reich nicht in einen Krieg mit Großbritannien hineinziehen zu lassen, den Männern des Auswärtigen Amtes entgegen, ein den Franzosen mit der Pistole aufgezwungenes Bündnis sei wertlos.

*

Z u s a m m e n k u n f t v o n B j ö r k e

Gerade die deutsche Marokkopolitik erschwerte den zwei Kaisern die Verwirklichung des Planes, der von Wilhelm mit heißer Seele erstrebt ward und von Nikolaus nicht ungern gesehen worden wäre. Im Ver-

¹⁾ Tirpitz, „Erinnerungen“, S. 143.

folgen seiner Absicht ging Wilhelm ungestüm, mit solcher Überschätzung seines persönlichen Einflusses auf seinen unschlüssigen Freund an der Aemawor, daß es diesen mehr als einmal heiß überlaufen haben mag. Bemerkenswert ist, daß Wilhelm den Zaren mehrmals versicherte, er wolle den Streit um Marokko friedlich schlichten; darüber urteilte er richtiger als sein Auswärtiges Amt¹⁾. Sonst sind die Herzensergüsse Wilhelms immer überschwänglich, wenn auch von edlen Antrieben eingegeben; er schreibt an Nikolaus, als wenn er die Sache der russischen Nation zu führen beauftragt wäre. So wenn er ihm dringend rät, seinem Volke durch Gewährung einer beratenden Reichsversammlung — nicht eines beschließenden Parlamentes — entgegenzukommen, oder wenn er ihm die baldige Beendigung des aussichtslosen und im Volke unbeliebten Krieges gegen Japan ans Herz legt. Dazwischen verlangte er von seinem Freunde Abenteuerliches: er sollte, falls der Krieg dennoch fortzusehen wäre, sich an die Spitze seiner Schwarze-Meer-Flotte stellen, ihre Durchfahrt durch die Meerengen aus eigener Kraft vollziehen und mit ihr in den Kampf ziehen; er möge, um sein Volk mit fortzureißen, Vertreter aller Gesellschaftsklassen nach Moskau in den Kreml berufen und sie durch eine flammende Ansprache zur Teilnahme an dem öffentlichen Wohl gewinnen. Welch seltsame Zumutung an die dürstige Persönlichkeit des russischen Kaisers! Es wäre kein Wunder gewesen, wenn Nikolaus sich durch die Einnischung in seine eigensten Angelegenheiten verletzt gefühlt hätte. Das scheint aber nicht der Fall gewesen zu sein, wenigstens folgte er der Einladung Wilhelms zu einer Zusammenkunft, die am 19. Juli an ihn erging. Der russische Minister des Auseren war von der deutschen Regierung früher nicht verständigt worden, er wurde von dem Ereignisse überrascht. Die Zusammenkunft fand am 23. und 24. Juli zu Björköe in den finnischen Schären statt. Der Zar brachte seinen Marineminister Birilew mit, einen Gesinnungsgenossen Wittes; Wilhelm II. den Gesandten Tschirschky, der zu jener Zeit das Auswärtige Amt auf den Reisen des Herrschers zu vertreten pflegte. Da nun gelang es dem Kaiser in frischem Anlauf, den Zaren ganz für den Bündnisgedanken einzunehmen. Dieser war sich bei seiner beschränkten Einsicht nicht bewußt, was der Vertrag bedeutete, dem er seine Genehmigung gab. Es war ein Tag des Triumphes für Wilhelm II., als sie ausmachten, sie wollten sich, wenn eines der zwei Reiche angegriffen werden sollte, in Europa Waffenhilfe

¹⁾ Briefe Wilhelms II. an den Zaren, S. 213, 216.

leisten und Frankreich zum Eintritt in das also geschlossene Verteidigungsbündnis einladen. Damit war England zum gemeinsamen Feind erklärt, aber nicht in kriegerischer Absicht, sondern, wie Wilhelm unmittelbar darauf am 27. Juli an den Zaren schrieb, um dessen „Anmaßung und Impertinenz“ abzufühlen. „Der 24. Juli 1905“, fuhr der Kaiser in diesem Briefe fort, „ist ein Eckstein in der europäischen Politik und schlägt ein neues Blatt der Weltgeschichte um; es wird ein Kapitel des Friedens und Wohlwollens unter den Großmächten des europäischen Kontinents sein, die einander respektieren werden in Freundschaft, Vertrauen und im Verfolgen einer allgemeinen Politik in der Richtung einer Interessengemeinschaft¹⁾.“

Bevor sich die zwei Herrscher trennten, verabredeten sie noch, daß Kaiser Wilhelm, der bereits in Kopenhagen seinen Besuch angekündigt hatte, Dänemark für die Teilnahme am Bündnisse gewinnen sollte. Denn bei der damaligen Schwäche der Seestreitkräfte Deutschlands und Rußlands konnte der britischen Flotte die Einfahrt in die Ostsee nicht versperrt werden, wenn Dänemark den Engländern den Sund offen ließ. Indessen stieß der Kaiser in Kopenhagen auf ängstliche Zurückhaltung und auf die Scheu, sich in ein Abkommen gegen das seegewaltige Britannien einzulassen. Auch hatte die englische Diplomatie geschickt vorgebaut. Unmittelbar vorher war die Union zwischen Schweden und Norwegen in die Brüche gegangen. Lange schon empfanden die Norweger die Führung der äußeren Politik durch den schwedischen Staat als Herabsetzung. Da König Oskar den Gesetzentwurf nicht unterzeichnen wollte, durch den Norwegen ein selbständiges Konsulatwesen begründete, sprach die Volksvertretung am 7. Juni 1905 seine Absetzung aus. Ursprünglich beabsichtigte der unabhängige Staat die Wahl eines schwedischen Prinzen zum König, was aber Oskar II. tiefverlezt ablehnte; so wurde ein Sohn des Dänenkönigs auserkoren,

¹⁾ Briefe Wilhelms, I. o. S. 191. Witte, Mémoires, S. 375 ff., erzählt, daß ihm Kaiser Wilhelm zu Rominten, wo Witte, aus Portsmouth zurückkehrend, einen Tag weilte, von dem Vertrage, der zu Björkoe geschlossen worden war, sprach und mit Erlaubnis Kaiser Nikolaus II. den Text zeigen wollte. Witte lehnte aber ab und bemerkte nur, daß ihn die Worte Wilhelms II. mit Freude erfüllten. Als er dann von Lambsdorff den genauen Wortlaut des Vertrages erfuhr, sei er entsetzt gewesen und habe alles getan, um Lambsdorff in seinem Streben zu unterstützen, Nikolaus II. zur Annullierung des Vertrages zu bestimmen. Der Marineminister Birilew erklärte später auf Befragen Wittes, er habe, dem Verlangen Nikolaus' II. entsprechend, das Dokument, ohne von dem Inhalte Kenntnis zu erhalten, unterzeichnet (I. o. S. 383).

Karl, ein Schwiegersohn des Königs von England. Die Wahl dieses Prinzen war dem russischen wie dem deutschen Kaiser wegen der Verwandtschaft mit Eduard VII. in gleicher Weise unangenehm, aber als Wilhelm anfangs August in Kopenhagen weilte, war die Sache so gut wie abgemacht. In der Tat wählte der Storting am 10. November 1905 den dänischen Prinzen zum König, der den Namen Hakon VII. annahm.

Abriß blieb der englischen Regierung nicht lange verborgen, was in Björkoe vorgegangen war. Als man in London erfuhr, weshalb Wilhelm nach Kopenhagen gereist war, schrieb Königin Alexandra, die Gemahlin Eduards VII., an ihren Vater, König Christian von Dänemark, und fragte ihn vorwurfsvoll, ob er denn England verraten wolle. Darauf schickte der Dänenkönig seinen Minister des Außen, Raben, nach London, um hier die Versicherung abzugeben, sein Land werde sich unter allen Umständen strenger Neutralität befleißigen. Dies war ein Gebot der Klugheit, und die Bemühung des deutschen Kaisers ein Schlag ins Wasser¹⁾.

Das war jedoch Nebensache. Unendlich wichtiger dagegen war, daß jeder der Kaiser bei der Heimkehr von der Zusammenkunft auf den Widerspruch des verantwortlichen Ratgebers stieß. Wilhelm glaubte in Björkoe einen Sieg davongetragen zu haben, da er die Sache mit Bülow besprochen und mit ihm über die Linie seines Verhaltens einig geworden war. Der dort angenommene Vertragsentwurf enthielt aber eine vom Reichskanzler nicht erwartete Einschaltung: im ersten Artikel war ausgemacht, daß sich die zwei Reiche, wenn angegriffen, in Europa Waffenhilfe leisten sollten. Dieser Zusatz erschien Bülow so nachteilig, daß er erklärte, die Verantwortung nicht tragen zu können, und am 3. August 1905 sein Entlassungsgesuch überreichte. Darin stand, daß er den Vertrag zwar im Grundsatz billige, jedoch finde, er habe durch die Beschränkung auf Europa seinen Wert für Deutschland verloren. Denn Rußland könne dem Deutschen Reiche in Europa keine Dienste

¹⁾ Nach Lord Loreburn, „How the war came“, S. 76, kam die Kunde von den Vorgängen bei der Björkoer Zusammenkunft durch Dillon, den Korrespondenten des Daily Telegraph, aus Petersburg an die englische Regierung. Offenbar war ihm das Geheimnis von Feinden Deutschlands in der Umgebung des Zaren verraten worden. Über die Sendung Rabens nach London machte dieser, in Berichtigung irreführender Angaben Sawolstjks, dem österreichisch-ungarischen Gesandten in Kopenhagen, Grafen Szechenyi, 1917 die obige Mitteilung.

leisten; nur wenn es Indien bedrohe, wären die Engländer an einem empfindlichen Punkte getroffen. Sobald sie erführen, daß die Russen bei einem englischen Angriff auf Deutschland dieses nur in Europa zu unterstützen brauchten, Rußland also nicht verpflichtet sei, gegen Indien vorzugehen, würden sie es eher auf einen Zusammenstoß mit dem Deutschen Reiche ankommen lassen, als wenn Indien in Gefahr wäre¹⁾. Läßt man diese Einwendung Bülow's auch gelten, so ist sie doch nicht von dem Gewicht, um sein unüberwindliches Widerstreben erklärlich zu machen. Denn einerseits war Rußland nach seinen Niederlagen zu Wasser und zu Lande für lange Jahre, selbst für Jahrzehnte, außerstande, den Briten in Indien gefährlich zu werden; und dann lag der Wert der Umgruppierung der Mächte darin, daß Rußland sich von Frankreich nicht in eine den Deutschen gefährliche Verbindung hineinziehen lassen konnte, ohne den Björkoer Vertrag zu brechen. Bülow hielt diese Gefahr für gering und schlug damit die nie wiederkehrende Gelegenheit in den Wind, das Zarenreich an Deutschland zu knüpfen. Das war ebenso schlimm, wie das doch von Bülow getadelte Fallenlassen des Bismarckschen Rückversicherungsvertrages.

Im Jahre 1905 lief die irrige Annahme mit, Russen und Briten seien so arg verfeindet, daß sie sich nicht verständigen könnten; dagegen die zwei Kaiserhöfe so innig verbunden, daß es überflüssig wäre, dieses Verhältnis durch einen Vertrag zu verankern. Nun konnte man, von einem ganz verschiedenen Gesichtspunkte aus, der Ansicht sein, für Deutschland sei der Zusammenschluß mit Rußland lange nicht so wichtig wie der mit England, Weltpolitik sei gemeinsam mit dieser Macht zu treiben.

Ganz verfehlt aber war es, das eine wie das andere Bündnis auszuschlagen und den zwei Großmächten den Weg zu einer gegen Deutschland gerichteten Verständigung offen zu lassen.

*

Rußlands Absichten von Deutschland

Wilhelm II. war von dem Einspruch des Kanzlers betroffen, lehnte dessen Entlassungsgesuch ab, blieb jedoch seinem Vorsatze treu und

¹⁾ Der obige Auszug aus dem Entlassungsgesuch Bülow's ist den deutschen Staatsakten entnommen. Vgl. auch Hammann, „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges“, S. 142.

war bemüht, auch Nikolaus II. beim Björkoer Vertrag festzuhalten. Die Meinungsverschiedenheit des Kaisers und des Kanzlers wurde aber von selbst gegenstandslos, da der von seinen Ratgebern umgestimmte Zar seine Unterschrift bereute und sie, wenn auch nicht in der Form, so doch in der Sache verleugnete. Graf Lambsdorff war im Innersten verletzt, dem wichtigen Staatsakte nicht zugezogen worden zu sein¹⁾ und verargte dem deutschen Kaiser, daß er seine geistige Überlegenheit dazu benützt hatte, um den Zaren gewissermaßen zu überrennen. So wie der Vertrag vorlag, war er mit dem 1891 geschlossenen russisch-französischen Bündnis kaum in Einklang zu bringen. Beide Male verband sich Rußland behufs Verteidigung gegen eine dritte Macht, das eine Mal mit Frankreich, das andere Mal mit Deutschland. Wie aber, wenn diese beiden Staaten handgemein wurden? In diesem Kriegsfall, welcher der wahrscheinlichste war, befand sich Rußland in einer unhaltbaren Lage. Lambsdorff, so wird berichtet, stellte also dem Zaren vor, das Abkommen zu Björko wäre in moralischer Hinsicht ein Treubruch an Frankreich, vom politischen Standpunkte ein Wagnis, im ganzen ein arger Mißgriff. Denn Rußland stellte sich dadurch in Gegensatz zu beiden Westmächten. Da nun zeigte sich die ganze Haltlosigkeit des russischen Kaisers. Es ist schwer zu sagen, ob dieser Charakterfehler deutlicher beim Abkommen von Björko zutage trat oder bei dem vom Zaren genehmigten Fallenlassen des Vertrages. Diese Schwenkung erfolgte nicht jäh; denn noch am 24. August schreibt Wilhelm an den Kaiser von den köstlichen Stunden, die sie vor einem Monat zusammen verbrachten, freut sich über ihre freundschaftliche Vereinigung, die „unseren Ländern, so Gott will, gute Früchte tragen wird“. Als er aber dem russischen Kaiser am 26. September vorschlug, die beiden Regierungen sollten ihre Gesandten im Auslande anweisen, „in allen Fragen gemeinsamer Politik zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig über ihre Instruktionen und Ideen zu unterrichten“, ward Nikolaus bedenklich; er zögerte, sich zu dem Bundesgenossen zu bekennen, weil ihn dies zu Frankreich in ein schiefes Verhältnis brächte²⁾. Lambsdorff erhielt die Vollmacht, dem Berliner Kabinett

¹⁾ Wie Schoen I. c. S. 28, berichtet, sagte ihm Lambsdorff, „es sei zu bedauern, daß er, der zuständige Minister, in Björko nicht zugezogen worden war; er würde vor zu weit gespannten Hoffnungen gewarnt und verhindert haben, daß die Monarchen einen Pakt unterzeichneten, dessen Ausführung unmöglich schien.“

²⁾ Wilhelm II. an den Zaren, 28. November 1905, S. 214.

mitzuteilen, der Zar fühle sich durch dringende Gründe bestimmt, von der Abmachung zurückzutreten. So trug Lambsdorff und die Deutschland feindliche Partei am Petersburger Hofe einen vollständigen Sieg davon¹⁾.

In diesem Gange der Dinge konnte auch Witte nichts ändern, der nach wie vor eine russisch-deutsch-französische Allianz befürwortete. Der Zar zog ihn nunmehr nur zur Leitung der inneren Angelegenheiten seines Reiches heran. Auf Wittes Betreiben erhielt Rußland am 30. Oktober eine Verfassung; am 1. November wurde er zum Ministerpräsidenten ernannt. Er behauptete sich aber nur kurze Zeit, denn das neue Grundgesetz befriedigte nur die besitzenden Klassen, während die Demokratie den Kampf und die Revolution fortsetzte. Der Zar hatte die Verfassung nur widerwillig gewährt; als die Wahlen noch dazu demokratisch ausfielen, entließ er Witte und ernannte Goremykin, einen absolutistisch gesinnten alten Beamten, zum Ministerpräsidenten.

Unter diesen Stürmen hatte Witte nicht die Macht, die äußere Politik in die ihm erwünschte Richtung zu lenken²⁾.

So entging England glücklich der Gefahr einer großen, gegen dasselbe aufgerichteten festländischen Friedensverbindung, durch die es

¹⁾ Wie Witte, S. 384, erzählt, lautete die Antwort Deutschlands auf die erste Erklärung Lambsdorffs von der Unmöglichkeit für Nikolaus, den Vertrag gutzuheißen: „Was geschehen, ist geschehen; et vous ne pouvez vous dérober.“ Später sagte Lambsdorff zu Witte, als dieser Ministerpräsident war und Lambsdorff nach der Abmachung von Björkoe fragte: „Soyez tranquille, le traité de Björke n'existe plus.“ Über die Björkoe Zusammenkunft findet sich ein ausführlicher aber einseitiger Bericht in den Memoiren Iswolskij's: „The memoirs of Alexander Iswolskij“. Ed. and translated by Charles Louis Seeger, London, p. 40 ff. Vgl. auch Veit Valentin, „Deutschlands Außenpolitik 1890—1918“, Berlin 1921, S. 60 ff. und die dort S. 62 Anm. zitierte Literatur.

²⁾ Für die deutsch-russischen Beziehungen war es verhängnisvoll, daß die Russen sich nur zu oft strenger Logik verschließen. Einen Beleg dafür bilden die widersprechenden Äußerungen Kuropatkins über das Verhältnis zu Deutschland (Band I, S. 428), wie die Verworrenheit, die über diesen Punkt im russischen, den japanischen Krieg behandelnden Generalstabswerk herrscht. Der erste Band des Werkes, die diplomatische Einleitung, wurde im Ministerium des Außern verfaßt; man findet dort folgende einander widersprechende Stellen: Auf Seite 7 heißt es: „In dem im fernen Osten begonnenen Kampfe war der Rücken Rußlands, der sich in diesem Falle an die Westgrenze lehnte, gesichert. Deutschland und sein Monarch verblieben treu den Traditionen, die die Häuser Romanow und Hohenzollern verbanden.“ Seite 59 aber liest man: „Die Beziehungen derjenigen Staaten zu uns, die für den bevorstehenden Kampf die größte Bedeutung hatten, England, Deutschland und China, waren entweder feindselig oder wenig geklärt.“

eingekreist worden wäre, wie einige Jahre später das Deutsche Reich. Wir wissen, daß eine derartige Gruppierung 1885 England an der Besitznahme des Kongobeckens und Innerafrikas verhindert hatte, daß es hart daran war, zu Beginn des Burenkrieges auf eine ähnliche Schranke zu stoßen (Bd. I, S. 66 u. 202ff.). Die unvorhergesehene Zusammenkunft von Björkoe erregte in London Sorge und Unmut; König Eduard sagte zum österreichisch-ungarischen Botschafter Mensdorff, eine derartige Begegnung ohne jede diplomatische Vorbereitung sei ein ungewöhnliches Ereignis. Übrigens war auch die österreichische Diplomatie über das Abkommen im Dunkel gelassen worden; weder Uehrenthal in Petersburg noch Szögyény in Berlin wurden zunächst darüber unterrichtet; der erstere meldete nach Wien, selbst der deutsche Botschafter Alvensleben habe von der Zusammenkunft früher nichts gewußt. Als die englische Regierung sich über das Geschehene klar wurde, ließ sie Deutschland ihren Zorn fühlen. Unmittelbar vorher hatten die Zeitungen die Meldung gebracht, König Eduard gedenke den deutschen Kaiser zu besuchen; der König ließ aber durch seinen Privatsekretär in aller Form diese Absicht in Abrede stellen¹⁾ (siehe Bd. II, S. 55). Es war dann auf die Einschüchterung Deutschlands abgesehen, als Ende August eine englische Flotte in der Ostsee erschien, wofür es seit längster Zeit kein Beispiel gab. Deutsche und Russen sollten sehen, daß Albion über das Baltische Meer ebenso wache wie über die Ozeane. Übrigens war Britannien diplomatisch besser gerüstet als 1885 und während des Burenkrieges, denn am 12. August 1905 kam mit Japan der Vertrag zustande, der Indien unter den Schutz des bereits bestehenden Bündnisses stellte und bestimmte, daß, wenn Großbritannien oder Japan

¹⁾ Kaiser Wilhelm war über Eduard VII. damals ungehaltener als je. „Zuerst ließ er“, so schrieb er an den Zaren am 22. August (Briefe I. o. S. 197), „seine Presse den Gedanken eines Besuches bei mir lancieren, und, nachdem alle Zeitungen Europas dies aufgegriffen und besprochen hatten, veröffentlichte er plötzlich ein beleidigendes Dementi, die Idee wäre von meinem Auswärtigen Amt ausgegangen. Die feinste Lüge, die mir je begegnet. Dann lädt er hinter meinem Rücken meinen Sohn ein, ihn in England zu besuchen! Daraus wird natürlich nichts.“ Zu dem vielen Kindischen in den Briefen Wilhelms gehört folgende Stelle in dem Schreiben vom 25. August (I. o. S. 202): „Ich habe meiner Flotte befohlen, der britischen wie ein Schatten zu folgen, und wenn sie Anker geworfen hat, in der Nähe der britischen Flotte anzulegen, ihnen ein Diner zu geben und sie so betrunken zu machen wie möglich, um herauszukriegen, was sie vorhaben, und dann wieder fortzufegeln.“ Die englische Flotte legte sich vor Swinemünde vor Anker, wo sie von deutschen Behörden in geziemender Form begrüßt wurde.

in Asien auch nur von einer Großmacht bedroht wäre, der Bundesgenosse zur Waffenhilfe verpflichtet sei.

Durch einen Handstreich wie den Kaiser Wilhelms zu Björkoe ließ sich eine geänderte Mächtegruppierung nicht schaffen; dazu wäre die sorgsamste diplomatische Vorarbeit notwendig gewesen. In den Jahren 1899 bis 1904, als der Zar noch in Ostasien Großes zu erreichen gedachte, würde er die ihm gebotene Hand sicher ergriffen haben. Dann freilich ward ihm zu Beginn des japanischen Krieges die bedingungslose Hilfe Deutschlands zuteil, womit sich dieses ohne Entgelt verausgabte. Das Versäumnis von Jahren konnte durch Aberrumpelung des Zaren nicht wettgemacht werden, um so weniger, als der deutsche Reichskanzler den Kaiser auf halbem Wege zu verlassen Miene machte. Nachdem einmal die Würfel in Ostasien gefallen waren, schien Deutschland den Russen entbehrlich, und auf die Dankbarkeit für geleistete Dienste darf nie gerechnet werden. Jetzt war es für Rußland notwendig, das ostasiatische Abenteuer abzubrechen und zu trachten, Sibirien vor einem Anschläge Japans zu schützen. Dafür bot ein Abkommen mit England sichere Gewähr, wozu die Briten auch bereit waren. Schon bei den Friedensunterhandlungen zu Portsmouth hatten sie sich für Japan nicht sehr stark eingesetzt, zumal nicht für eine ihrem Bundesgenossen zu zahlende Kriegssentschädigung, gegen die Roosevelt sich ausdrücklich aussprach. Seit 1905 begann eine Art Wettlauf der deutschen und der englischen Diplomatie um die Bundesgenossenschaft Rußlands, wobei Frankreich unermüdlich und erfolgreich für Großbritannien wirkte¹⁾. Mit solchen weltpolitischen Erwägungen verband sich der allslawische Gedanke, dessen Träger von tiefer Abneigung gegen alles Deutsche erfüllt waren. Zar Nikolaus war aber nicht darnach geartet, einen Damm gegen diese Strömungen zu bilden. Das Ereignis von Björkoe ließ bei ihm persönlich ein Gefühl der Beschämung zurück, denn er hatte sich durch seine Nachgiebigkeit zuerst vor seinen Ministern bloßgestellt, durch seinen Wortbruch später vor dem Kaiser. Die Schuld maß er dem stürmischen Drängen Wilhelms bei und grollte ihm ob der Ausnützung der eigenen Schwäche. So stellte der russische Diplomat Nekudow die Sache dar und so wird es gewesen sein, da die Briefe Wilhelms an den Zaren nach 1905 auf einen anderen Ton gestimmt waren als vordem. Es fehlen die schmetternden Trompetentöne, Wil-

¹⁾ F. Sashagen, „Umriss der Weltpolitik“, I, S. 131. (2. Aufl., Leipzig 1918.)

helm schreibt freundschaftlich, aber begibt sich nicht mehr auf das gefährliche Gebiet der inneren Politik Rußlands; seine Briefe sind nur ausnahmsweise politische Rundgebungen. Zwischen ihm und Nikolaus ist eine Erkältung eingetreten. Bei der nächsten Verwicklung, die sich im Winter 1906 auf der Marokkokonferenz ergab, wendet sich das Petersburger Kabinett mit einem Ruck von Deutschland ab und steht mit Frankreich und damit auch mit Großbritannien in Reih und Glied. Persönliche Verstimmungen haben dazu jedoch weniger beigetragen als allslawische Strömungen, als die veränderte Gesamtrichtung der Politik Rußlands, das sich von Ostasien ab- und wieder europäischen Zielen zuwandte. Da es hierbei auf die Mauer des mitteleuropäischen Bündnisses stieß, verband es sich zuletzt mit jedermann, der sich an deren Niederwerfen zu beteiligen willens war.

*

Englisch-französische Militärkonvention

Da nun Rouvier sah, das Berliner Kabinett lasse sich auf nichts ein und erwarte alles von der einzuberufenden Konferenz, so verwandelte sich seine Geschmeidigkeit in zähes Beharren. Erst nach langem Verhandeln einigten sich die zwei Kabinette über das der Konferenz vorzulegende Programm, wobei für Deutschland der zum Gesandten in Marokko bestimmte Rosen das Wort führte. Das Abkommen kam am 28. September 1905 zustande. Deutschland erreichte lange nicht das, was der leichte Sieg über Delcassé hatte erhoffen lassen. Es drang zwar mit dem von ihm aufgestellten Grundsatz der internationalen Regelung durch, indessen war es unsicher, auf welche Seite sich die Konferenz stellen werde. Rosens drohende Worte brachten zuwege, daß er in Paris der bestgehaßte Mann wurde.

Da die nach Algeciras in Spanien einberufene Versammlung erst im Januar 1906 eröffnet wurde, hatten die zwei Kabinette Zeit, auf die anderen Regierungen einzuwirken. Die französische Diplomatie, Hand in Hand mit der englischen, warb mit steigendem Erfolge. Um so nachdrücklicher wurde in Berlin verkündet, daß Deutschland von seinem Standpunkte nicht abgehen werde. Holstein fand, daß Kaiser Wilhelm

durch einige wohlgemeinte Äußerungen die Wucht der deutschen Erklärungen abgeschwächt habe. Am 6. Juni 1905 nämlich, dem Tage des Rücktritts Delcassés, wurde zu Berlin die Hochzeit des deutschen Kronprinzen mit Cécilie von Mecklenburg gefeiert, zu welchem Feste der Präsident der französischen Republik gleich den anderen Staatsoberhäuptern eine militärische Abordnung entsendete. Der Kaiser empfing die französischen Offiziere und sagte ihnen, er nehme die Entlassung Delcassés als Zeichen, daß auch Frankreich den Frieden wünsche; jetzt werde sich auch in bezug auf Marokko die Einigung leicht erzielen lassen. Da nun die französische Regierung nach wie vor der Vorherrschaft in Marokko zustrebte, ließen sich die Worte des Kaisers so auslegen, als ob er in diesem Punkte zum Einlenken bereit wäre¹⁾. Um so schärfere Saiten zog Holstein auf. Es bestand zwischen dem Herrscher und dem einflußreichen Geheimrat insofern eine Meinungsverschiedenheit, als jener den Franzosen gegenüber ritterliches Entgegenkommen vorzog, während Holstein ihre Niederhaltung für notwendig hielt. Der Reichskanzler sprach sich in der Form immer gleich verbindlich aus, in der Sache aber ließ auch er es nicht an Deutlichkeit fehlen. Seine Reichstagsrede vom 6. Dezember 1905 war eine gemessene Warnung an Frankreich und England, nicht zu glauben, daß Deutschland ihnen die Verfügung über seine eigenen Rechte anheimstellen werde; bei diesem Anlasse verlas er seinen oben erwähnten Erlaß vom 11. April 1905 mit seinen derben Wahrheiten. Aus der Rede Bülow's ging hervor, daß sich das Berliner Kabinett darauf gefaßt mache, auf der Marokkokonferenz einen harten Strauß zu bestehen.

Das folgte schon aus der Haltung Englands. „Die riesenhaften Anstrengungen der englischen Presse,“ berichtete am 23. September 1905 der belgische Gesandte Greindl aus Berlin, „einen friedlichen Ausgang der Marokkoangelegenheit zu verhindern, und die doch wohl unaufrichtige Leichtgläubigkeit, mit der sie alle Verleumdungen gegen die deutsche Politik aufnimmt, beweisen, wie sehr die öffentliche Meinung Großbritanniens bereit ist, jede deutschfeindliche Kombination zu begrüßen.“

Die konservative englische Regierung legte sich auch öffentlich keinen Zwang auf und blies wohlgemut ins Feuer. Der Minister des Äußeren, Lansdowne, äußerte sich im November, England sei von Zeit zu Zeit

¹⁾ „Belgische Aktenstücke 1905—1914“, herausgegeben vom Auswärtigen Amt, S. 17 f.

durch den Umstand behindert gewesen, daß es sich an verschiedenen Seilen der Welt Rivalitäten gegenüber befunden habe, „die für niemanden anderen ein Vorteil sein konnten als für einen verschlagenen Monarchen, der es verstehe, sie auszunützen“. Niemand in Europa zweifelte, daß der englische Minister mit diesen beleidigenden Worten den deutschen Kaiser gemeint hatte, was auch in dem Bericht des belgischen Gesandten Greindl (18. November) an seine Regierung angenommen wird. Vorsichtiger war der vom Premierminister beim Lordmayorsbankett am 9. November gemachte Ausfall. Er prophezeite eine Zeit langwährenden Friedens, aber mitten dazwischen kam der Satz vor: „Ich bin so sanguinisch zu denken, daß wir in Zukunft keinen Krieg sehen werden, es sei denn, daß eine Nation oder ein Herrscher erstünde, die unfähig wären, einen Plan nationaler Vergrößerung anders auszuführen als durch Niedertreten der Rechte der Nachbarn. Ich habe aber keinen Grund zu der Annahme, daß ein solches Unglück in Europa entstehen wird. Es würde eine Rückkehr zu längst vergangenen Tagen sein, wenn Europa gezwungen wäre, ein Bündnis gegen eine oder zwei Mächte einzugehen.“

Diese einmal heftig, dann wieder aus dem Hinterhalt geführten Ausfälle auf Deutschland bereiteten auf Schlimmes vor, wenn das konservativ-unionistische Kabinett im Amt blieb. Als es im Dezember 1905 dem liberalen Ministerium Campbell-Bannerman Platz machen mußte, nahm man in Berlin an, dies werde auch auf die äußere Politik Englands Einfluß üben. Doch weit gefehlt; der neue Staatssekretär Grey schlang ein noch engeres Band um die zwei Westmächte. Gleich nach dem Eintritt in sein Amt, so erzählte er der aufhorchenden Welt in seiner großen Rede vom 3. August 1914, kam an ihn während der Allgeirasskonferenz die Anfrage der französischen Regierung, ob, wenn ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland ausbrechen sollte, Großbritannien bewaffneten Beistand leisten würde.

Seine Antwort war, er könne ohne den herzhaften Beistand der öffentlichen Meinung nichts versprechen; da aber das Abkommen über Marokko außerordentlich vollstümlich sei, so werde seiner Ansicht nach England für eine tatsächliche Hilfe (material support) für Frankreich zu gewinnen sein. Diese Versicherung muß ausreichend gewesen sein, denn der belgische Geschäftsträger in London schrieb darüber am 14. Januar 1906 nach Brüssel: „In letzter Zeit sagte der Minister des Außern zu wiederholten Malen den verschiedenen in London

beglaubigten Botschaftern, daß Großbritannien Frankreich gegenüber bezüglich Marokkos Verpflichtungen eingegangen sei, denen es bis zum Äußersten nachkommen werde, selbst im Falle eines deutsch-französischen Krieges; koste es, was es koste.“ Gleich beim Betreten der Weltbühne wählte also Grey das von ihm bis zum Schlusse befolgte Verfahren; er ermutigte das befreundete Frankreich, vor einem Kriege gegen Deutschland nicht zurückzuschrecken, da es des Beistandes Großbritanniens sicher sein könne.

Hocherfreut über die Antwort Greys erklärte die französische Regierung, daß, wenn die englische bewaffnete Hilfe in erwünschter Aussicht stehe, auch Verabredungen getroffen werden müßten, in welcher Art dies zu geschehen hätte. Darüber sollten jetzt schon „Verabredungen zwischen den Marine- und Militärautoritäten“ der zwei Mächte stattfinden. Auch darauf ging Grey ein, und so entstand die erste zwischen England und Frankreich geschlossene Militärkonvention.

Diese Verabredung wurde nicht nur vor dem Parlament, sondern mit Ausnahme von dreien auch vor allen anderen Mitgliedern des Kabinetts geheim gehalten; die Eingeweihten waren der Premierminister Campbell-Bannerman, der Schatzkanzler Asquith und der Kriegsminister Haldane. In jener Rede versuchte Grey, die auffallende Umgehung des Ministerrates zu erklären und zu beschönigen. Es war zur Zeit der allgemeinen Wahlen, die Mitglieder des Kabinetts meistens außerhalb Londons mit politischen Reden beschäftigt, so daß der Ministerrat nicht berufen werden konnte.

Niemand Geringerer als der damalige Lordkanzler Loreburn hat in Abrede gestellt, daß die Mitteilung an den Ministerrat damals unmöglich gewesen wäre, und er tadelt die Unterlassung nachdrucksvoll. Im Dezember 1905, so legt er dar, versammelte sich das Kabinett regelmäßig jede Woche, während des Monats der Wahl am 3. und am 31. Januar. Ein guter Teil der Mitglieder war in London oder eine Stunde weit davon, und gerade die von Grey befragten befanden sich entfernt; übrigens gibt es Eisenbahnen und Postämter in Großbritannien, fügt Loreburn sarkastisch hinzu. Der Grund, weshalb Grey gerade Asquith und Haldane zu Rate zog, war, daß sie gleich ihm Imperialisten waren; von Campbell-Bannerman aber sagt der damalige Lordkanzler: „Einige von denen, die Sir Henry Campbell-Bannerman kannten und mit ihm im Dezember 1905 und Januar 1906 in enger, vertraulicher Verbindung standen, werden nicht glauben, daß er den

Zweck und die Bedeutung dessen verstand, was in Wahrheit gemacht wurde, es wäre denn, daß dafür ein Beweis geliefert wird (unless some evidence of it is given).“ Loreburn deutet damit also an, daß der Premierminister von seinen Kollegen hinters Licht geführt wurde — was weder für die Aufrichtigkeit Greys noch für den Scharfsinn des Premierministers spräche¹⁾. Offenbar besorgten die drei imperialistischen Minister Widerspruch von seiten der allliberalen Kollegen, den sie sich ersparen wollten; es war auch nicht notwendig, deren Gewissen zu beschweren.

Auch waren die Bedingungen der Militärkonvention nicht so unbedeutend, wie Grey im Jahre 1914 vorgab. Winston Churchill machte über sie im Laufe des Weltkrieges folgende Mitteilung: „Der vom Kriegsminister Haldane mit den Generälen Nicolson und French ausgearbeitete Plan bestand darin, in zwölf bis vierzehn Tagen nach der Mobilisierung vier bis sechs Divisionen Infanterie und Kavallerie mit voller Ausrüstung an die linke Flanke der französischen Front zu bringen, während die Verteidigung der britischen Insel durch vierzehn Divisionen Landtruppen gesichert werden sollte.“ Die Franzosen wußten demnach genau, welche Hilfe sie von den Engländern zu erwarten hatten, sofern diese mit ihnen in den Krieg ziehen würden; und dieser Plan wurde auf das peinlichste durchgeführt²⁾. Überraschend ist die vom Blockademinister Robert Cecil am 24. Juli 1918 im Unterhause gemachte Enthüllung: das Militärabkommen sei wirksam geworden ohne Austausch von Ratifikationen³⁾. Das geschah offenbar gleichfalls behufs Beiseiteschiebung des Kabinetts und ist ein hübscher Beitrag zur Geschichte des Parlamentarismus und der Ministerverantwortlichkeit in England. Lord Loreburn, der den Vertrag strenge tadelt, datiert von ihm die veränderte Stellung Britanniens zu den Mächten des Festlandes und sieht darin eine der Ursachen des sich vorbereitenden Weltkrieges.

¹⁾ Loreburn, „How the war came“, S. 105. Grey hatte in seiner Rede gesagt, daß das Kabinett später in Kenntnis der Militärkonvention gesetzt wurde, Loreburn macht dazu die Bemerkung (S. 81): Man möchte wissen, ob dies einige Monate oder Jahre, und wie viele Jahre später, geschah.

²⁾ So nach Begbie, *The vindication of Great Britain*, London 1916, S. 99.

³⁾ So nach der Meldung des Wolffschen Bureaus vom 10. August 1918.

*

K o n f e r e n z v o n A l g e i r a s

U n t e r diesen für Deutschland unheilverkündenden Umständen trat am 15. Januar 1906 die Konferenz zusammen. Da sie auf dem Boden Spaniens tagte, führte dessen Bevollmächtigter, der Herzog von Almodobar, den Vorsitz¹⁾. Teilnehmer waren die zwölf Staaten, die an Marokko irgendwie wirtschaftlich oder politisch beteiligt waren: Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Österreich-Ungarn, Portugal, Rußland, Schweden, Spanien und die nordamerikanische Union.

Anfangs ließen sich die Dinge für das Berliner Kabinett gut an. Marokkos Unabhängigkeit und die Unversehrbarkeit seines Gebietes wurden in der Eröffnungsrede des Vorsitzenden als Grundlage der Beratungen erklärt; von dem Protektorat Frankreichs war keine Rede, es wurde von ihm klüglich nicht in Anspruch genommen. Sowie man jedoch auf die positiven Bestimmungen überging, entbrannte der Streit. Er galt besonders der Reform der Polizei und der Finanzverwaltung. Allgemein wurde für notwendig angesehen, der Gesetzlosigkeit und Barbarei im Lande ein Ende zu machen. Zu diesem Behufe mußte für eine straffe Polizeigewalt gesorgt werden. Hierbei standen sich die Anträge Deutschlands und Frankreichs schroff entgegen. Die französische Regierung verlangte durch ihren Bevollmächtigten, Revoil, daß in den acht größten Häfen des Landes die einheimische Mannschaft unter den Befehl von französischen und spanischen Offizieren gestellt werde. Dies entsprach dem zwischen den Kabinetten von Paris und Madrid am 3. Oktober 1904 geschlossenen Vertrage. Gegenüber dem französisch-spanischen Vorrecht stritt Deutschland für die Unabhängigkeit des Sultans und für internationale Gleichberechtigung. Der deutsche Bevollmächtigte, Freiherr von Radowitz, beantragte also: Der Sultan organisiert seine Polizei selbst und stellt als deren Leiter europäische Offiziere an; der Chef der Polizei wird immer einem europäischen Kleinstaat entnommen und steht unter der Oberaufsicht des diplomatischen Korps zu Tanger. Nur hatte man in Berlin angenommen, daß die nicht beteiligten Staaten für die internationale Lösung der Frage stimmen und sich nicht von Frankreich

¹⁾ Gardieu, „La conférence d'Algéiras, Paris 1907.“

verdrängen lassen würden. Dies schien so einleuchtend, daß die deutsche Diplomatie ihren Feldzugsplan auf dieser Voraussetzung aufgebaut hatte. Sie erlebte aber eine schwere Enttäuschung; denn mit Ausnahme Österreich-Ungarns stimmten alle Staaten für das französisch-spanische Vorrecht. Von Rußland und England war nichts anderes erwartet worden; auch Italien hatte die deutsche Regierung schon früher aufmerksam gemacht, es sei durch sein mit Frankreich getroffenes Mittelmeerabkommen gebunden und müsse dessen Anspruch unterstützen. Merkwürdigerweise aber stellten sich auch alle anderen europäischen Staaten und ebenso die Vereinigten Staaten auf die Seite Frankreichs. Die Vereinsamung Deutschlands war, nach den während des letzten Jahres gemachten Anstrengungen, ein widriges Ergebnis.

Die Ursache des Mißgeschicks lag in dem Siege, den es im Vorjahre über Delcassé davongetragen hatte. Deutschland, in dem Duell der Stärkere, drückte auch nach jenem Ereignis auf Frankreich, um seine Ansprüche durchzusetzen. Die Sprache der deutschen Diplomaten und der halbamtlichen Presse klang allzu gebieterisch. Nun haben sich die Mitglieder des europäischen Staatensystems seit jeher immer gegen den Mächtigsten vereinigt. Die Neutralen standen unter dem Eindrucke, Deutschland habe seinen Erfolg durch Einschüchterung errungen; daher ihre Abstimmung auf der Konferenz. Die englischen Gesandten bliesen überall ins Feuer und setzten die Welt gegen Deutschland in Bewegung. Von ihnen ging die seitdem immer wiederkehrende Behauptung aus, das Deutsche Reich strebe nach der Vorherrschaft in Europa. Sie erzielten damit einen gewissen Erfolg. Und doch stand es so, daß Deutschland durch die Vereinbarungen über das Mitteländische Meer beiseite geschoben war, daß man ihm den Platz als Großmacht streitig machte. Es forderte also nur sein Recht und nicht ein Vorrecht. Es ergriff zwar nicht die richtigen Mittel, um sich geltend zu machen; aber die Anrufung einer internationalen Konferenz war der beste Beweis, daß es seinen Willen Frankreich nicht aufzwingen wollte. Entgegen der englischen Behauptung war die Entwicklung dahin gelaufen, daß Deutschlands Einfluß im Sinken begriffen war. Unter Bismarck konnte von seiner Hegemonie gesprochen werden, nicht aber seitdem England sich seinen Gegnern zugesellte und bei den Randmächten Europas den Aufmarsch gegen das Deutsche Reich betrieb. Tatsächlich aber wirkte das Schlagwort, ganz besonders auf die kleinen an Deutschland grenzenden Staaten, wie Belgien und Holland. Es

ist nur auffallend, daß die deutsche Regierung über deren Stimmung entweder nicht unterrichtet war oder sie nicht in Rechnung zog. Nur so konnte es ihr widerfahren, auf der Konferenz nahezu allein zu stehen. Sie hatte einen Ausgleich mit Frankreich abgelehnt und den Prozeß vorgezogen, der zu ihren Ungunsten ausfiel.

*

Vermittlung des Wiener Kabinetts. Einlenken Deutschlands

Als nun die Verhandlungen zu Algeciras ins Stocken kamen, trat der Bevollmächtigte Osterreich-Ungarns, Graf Welsershheim, mit einem Vermittlungsvorschlag hervor. In sieben Häfen sollte die Polizei französisch oder spanisch sein, dagegen in dem achten und wichtigsten, Casablanca, international. Das war ein starkes Zugeständnis an Frankreich; dem deutschen Standpunkte wurde wieder dadurch Rechnung getragen, daß nach dem österreichischen Vorschlage zum Chef der gesamten Polizei ein Schweizer bestellt und dieser zur Berichterstattung an das diplomatische Korps in Tanger verhalten werden sollte. Aber Frankreich blieb hartnäckig, denn gerade auf Casablanca wollte es nicht verzichten. Damit nun nicht alles in die Brüche gehe, willfahrte Welsershheim in diesem Punkte der Republik, während er an der internationalen Oberaufsicht festhielt. Ein Kompromiß also, aber ein für Frankreich günstiges. Damit erklärte sich der französische Bevollmächtigte einverstanden. Durfte Deutschland jedoch nachgeben und das zäh bestrittene Vorrecht Frankreichs anerkennen? War damit nicht der Grundsatz verlassen, um dessentwillen der ganze Feldzug geführt wurde? Dies war die Ansicht Holsteins, und er stemmte sich gegen den Beitritt zum Vermittlungsvorschlage. Eher sollte die Konferenz underrichteterdinge auseinandergehen. Dies war seiner Ansicht nach besser als unrühmliches Zurückweichen. Sein Beweisgang war dieser: kam in Algeciras kein Beschluß zustande, so blieb der Madrider Vertrag von 1880 die allseits anerkannte Rechtsgrundlage; es gab dann kein französisches Vorrecht und die Republik hätte nur unter Verletzung jenes Vertrages

die Macht an sich ziehen können. Eine derartige Herausforderung Deutschlands, so meinte Holstein, würden die Franzosen aus Furcht vor einem Kriege nicht wagen; wenn aber doch, dann, so forderte er, müßten Kaiser und Reich zum Äußersten entschlossen sein.

Die also empfohlene Politik barg aber eine große Gefahr in sich. Ging die Konferenz ergebnislos auseinander, so stand Europa vor dem Ungewissen. Es war immerhin möglich, daß Frankreich, ermutigt durch den Rückhalt an fast allen anderen Staaten, in Marokko gebieterisch auftrat und den Sultan vor ein Entweder-Oder stellte. Sollte dann wegen der französischen Polizeigewalt in den acht Häfen das Schwert aus der Scheide fliegen? Gesezt auch, daß die deutsche Regierung zulezt durchdrang, so daß die marokkanische Barbarei von europäischem Einfluß unberührt blieb, in jedem Falle war dieser Erfolg die Opfer an Blut und Geld nicht wert.

Die deutschen Vertreter im Ausland waren geteilter Ansicht. Der Botschafter in Paris, Fürst Radolin, war kein Freund der Methode Holsteins und hielt gleich dem Kaiser die Schonung der Empfindlichkeit Frankreichs, des schwächeren Teiles, für geboten. Radowik, Botschafter beim König von Spanien und jetzt in Algeciras tätig, riet gleichfalls zum Einlenken. Daß Marschall auf der entgegengesetzten Seite stand, wurde bereits erwähnt. Graf Monts hatte sich für den Ausgleich mit Frankreich eingesezt und war nicht damit einverstanden gewesen, daß dem Kongreß die Entscheidung zugeschoben wurde; jetzt aber, da man sich so stark für Marokko eingesezt hatte, müsse Deutschland, dies war seine Ansicht, fest bleiben und es auf das Auffliegen der Konferenz ankommen lassen. Monts stimmte Holstein auch in dem Punkte zu, daß Frankreich deshalb doch nicht einen Krieg wagen werde. Riederlen-Wächter fällte später dasselbe Urteil; am besten zwar wäre die Einigung mit Rouvier gewesen, aber da Deutschland sich nun einmal nicht darauf eingelassen hatte, müßte es, was auch immer die Folgen sein würden, bis ans Ende gehen.

Die Verantwortung hatte der Reichskanzler zu tragen, die Entscheidung lag beim Kaiser. Fürst von Bülow war bereit, die Konsequenzen zu ziehen und die Versammlung ergebnislos auseinandergehen zu lassen. Indessen hatte Kaiser Wilhelm seit dem Anfang der Krise seinen Ratgebern die Richtschnur gegeben, er sei nicht willens, wegen Marokkos einen Krieg zu führen. Diese Gefahr, so sezte er dem Reichskanzler und Tschirschky auseinander, — der nach dem

Tode Richthofens (17. Januar 1906) Staatssekretär des Außeren geworden war — müsse mit redlichem Bemühen vermieden werden. In wiederholten Gesprächen führte der Kaiser aus, daß er zwar um einer Ehren- und Lebensfrage Deutschlands willen zum Schwert zu greifen bereit sei; das Schicksal Marokkos jedoch habe für das Reich nur geringe Wichtigkeit und es ginge gegen sein Gewissen und seine Herrscherpflicht, die deutsche Nation wegen des Maghzen in einen Krieg zu verwickeln.

Wenn nun auch nach der Lage der Dinge nicht gerade das Äußerste zu befürchten war, so sagte sich der Reichskanzler doch, daß Deutschland, wenn es die Konferenz verließ, auf einen Waffengang gefaßt sein mußte. Somit befand sich Bülow zwar nicht in derselben, aber doch in einer ähnlichen Lage wie Bismarck in den Jahren vor dem Ausbruche des Krieges von 1866. Der große Staatsmann, der diesen Zusammenstoß kommen sah, sagte später, es wäre für ihn nicht statthaft gewesen, den König zu einem Kriege, den dieser nicht führen wollte, zu überreden. Das lag noch weniger in der Absicht Bülows, der nicht wie Bismarck die Entscheidung mit den Waffen planvoll vorbereitet hatte, sondern sie vermeiden wollte. Er erkannte die Geschlossenheit des Gedankenganges Holsteins an, legte auch weiterhin auf dessen Ratschläge großen Wert, trennte sich aber an diesem Scheidewege von ihm. Vom März an übernahm er selbst die Bearbeitung der Marokko betreffenden Geschäftstücke, Holstein war beiseite geschoben. Die deutschen Bevollmächtigten in Algeciras wurden angewiesen, dem österreichischen Vermittlungsvorschlage zuzustimmen.

Nach der Einigung über die Polizeigewalt in den marokkanischen Häfen kam es noch über die Finanz- und Zivilverwaltung zu lebhaftem Streit. Wohl wurde allseits der Grundsatz angenommen, die Leitung sei einer marokkanischen Staatsbank zu übertragen, aber über die Verteilung der Stimmen an der Anstalt konnten sich Deutschland und Frankreich lange nicht verständigen. Auch hier formte der geschäftskundige österreichisch-ungarische Vertreter, Graf Welsershheim, eine beiden Teilen annehmbare Lösung. Je ein Zensor der marokkanischen Bank sollte von den Zettelbanken Deutschlands, Frankreichs, Englands und Spaniens bestellt werden; von den fünfzehn Anteilen an der Bank erhielt Frankreich drei, die übrigen Staaten je einen. Von geringem Belang waren die anderen Vereinbarungen über den Schmuggel, über die Vergebung von Staatslieferungen und ähnliches. Am

7. April 1906 wurde die Akte unterzeichnet, deren Bestimmungen noch im selben Jahre in Kraft traten.

Es gab für Deutschland in diesen Schwierigkeiten nur einen Lichtpunkt, die treue Freundschaft Österreich-Ungarns. Dafür hatte Wilhelm II. eine starke Empfindung; er sandte am 13. April an den Grafen Goluchowski ein warmes Danktelegramm, das mit den Worten schloß: „Sie haben sich als brillanter Sekundant erwiesen und können gleicher Dienste in gleichem Falle auch von Mir gewiß sein.“ Die Anerkennung war verdient, und Deutschland hat während der bosnischen Krisis von 1908 die Dankeschuld beglichen.

*

H o l s t e i n s S c h e i d e n a u s d e m D i e n s t

Durch den Endverlauf der Marokkokrise kam die Stellung Holsteins ins Wanken. Wohl widersprach die Nachgiebigkeit des Kaisers seinem Gutachten, trotzdem machten ihn seine Gegner für den Mißerfolg verantwortlich. Er wandte dagegen ein, daß die Probe auf die Richtigkeit seiner Politik nicht gemacht worden war, da man nicht bis ans Ende festgehalten hatte. Die Vorgänge, die in seinem Rücktritte vom Amte gipfelten, hatten ihren letzten Grund in der von der seinigen abweichenden Ansicht des Kaisers über das Verhältnis zu Frankreich. Während Holstein überzeugt war, alle Ausgleichsversuche würden an der Gereiztheit der Franzosen scheitern, war der Kaiser immer bereit, die Hand zur Versöhnung zu bieten. Wilhelm II. sah in ihm ein Hindernis seiner Friedenspolitik und wollte nichts von dem kalten Wasserstrahle wissen, den Holstein über den Rhein zu senden beliebte. Als dieser die Stunde seines Abschiedes kommen sah, klammerte er sich an sein Amt, das er bei Verstimmungen früher wiederholt zur Verfügung gestellt hatte; er verlangte ein äußeres Zeichen der Anerkennung seiner Dienste. Damit konnte er jedoch nicht durchdringen. Dazu kam, daß der neue Staatssekretär des Außen, Tschirschky, sich die von seinem Vorgänger Richthofen seufzend ertragene Vormundschaft seines Untergebenen nicht gefallen lassen wollte. Eines Tages fand Holstein die Türe versperrt, die aus seinem Arbeitszimmer in das des Staats-

sekretärs führte und von ihm selbst nach Belieben benützt worden war; seitdem mußte er sich wie jeder andere Beamte anmelden lassen. Dieser Zurücksetzung folgten andere; er bat somit am 2. April 1906 um den Abschied. Bülow hielt nach wie vor große Stücke auf ihn und wußte auch, daß Holstein mit ganzem Herzen an dem Amte hing, dem er Tage und Nächte widmete; er lehnte also das Anliegen ab, wie das schon in früheren Fällen geschehen war, wenn Holstein schmollte. Dieser wiederholte sein Gesuch und teilte dem Kanzler mit, er habe eine Abschrift desselben an das Auswärtige Amt, also an Tschirschky, geschickt. Da trat ein Holsteins Schicksal besiegelndes Ereignis ein. Am 5. April 1906 wurde der Kanzler im Reichstag von einer schweren Ohnmacht befallen und für Wochen aufs Krankenlager gestreckt; auf Anordnung der Ärzte mußten ihm bis zu seiner Genesung alle Geschäfte ferngehalten werden. Ob nun Holstein sein Gesuch ernst gemeint hatte oder nicht; Tschirschky erledigte es zustimmend, wohl wissend, daß der Kaiser nichts gegen die Verabschiedung einzuwenden hatte. Bülow erfuhr von der vollzogenen Tatsache erst nach seiner Genesung. Er machte darauf die feine Bemerkung: es wäre Holstein ähnlich ergangen wie Cesare Borgia, von dem Machiavelli erzählt, er hätte für den Fall des Todes seines Vaters, des Papstes Alexander VI., alles in Rechnung gezogen und für jede Möglichkeit vorgesorgt, nur nicht für die, die dann eintrat — und das war Cesares eigene Krankheit; etwas Ähnliches wäre Holstein widerfahren¹⁾.

Holstein besaß manche Vorzüge. Er war ein Mann von spartanischer Bedürfnislosigkeit, uneigennützig, allem Schein und Prunk abhold. Auf der anderen Seite stand sein Hang zur Intrige; Leidenschaftlichkeit und krankhaftes Mißtrauen führten ihn auf Abwege. Die wenigen Jahre, die ihm noch beschieden waren — er starb am 8. Mai 1909 —, lebte er dem Hass gegen diejenigen, denen er die Schuld an seinem Sturze beimaß. Dem Fürsten von Bülow bewahrte er bis zum Schlusse freundschaftliche Gesinnung; dieser holte auch fernerhin mitunter seinen Rat ein und gewährte ihm dann Einblick in wichtige Aktenstücke. Drei Männern aber grollte Holstein bitter, da er annahm, er wäre durch ihre Verschwörung aus dem Amte gedrängt worden.

¹⁾ So schilderte Bülow später den Sachverhalt, während Hammann, l. c. S. 151, erzählt, der Reichskanzler hätte schon vor seiner Erkrankung der Annahme des Entlassungsgesuches Holsteins zugestimmt. Holstein aber nahm bis zu seinem Tode an, Bülow habe seine Hand nicht im Spiele gehabt.

Der eine war Tschirschky, der andere Hammann, der Chef des Pressebureaus, der dritte Fürst Philipp Eulenburg. Diesen verfolgte er am heftigsten, weil Eulenburg früher sein Freund gewesen war, ihn aber, wie er annahm, verraten hatte. Eulenburg, zuerst Gesandter in München, später Botschafter in Wien, stand bei Wilhelm II. hoch in Gnaden und begleitete ihn auf den Sommerreisen ins Nordland. Auch als der 1900 in den Fürstenstand erhobene Botschafter zwei Jahre später wegen erschütterter Gesundheit den Abschied nehmen mußte, blieb er im Vertrauen des Herrschers und sah ihn mitunter als Gast auf seinem Schlosse Liebenberg. Während der Marokkokrise nun, das war die Überzeugung Holsteins, habe Eulenburg beim Kaiser gegen ihn gearbeitet und auch veranlaßt, daß die Franzosen durch freundliche Worte des Kaisers in ihrer Hartnäckigkeit bestärkt worden seien; so wäre die Einschüchterungspolitik durchkreuzt worden. Nach dem Rücktritte Holsteins brach über Eulenburg das Verderben herein; er wurde von Harden in der „Zukunft“ geschlechtlicher Verfehlungen beschuldigt und in dem von ihm angestregten Prozesse bloßgestellt. Der Angriff war, wie Harden später feststellte, ohne Zutun Holsteins erfolgt; aber dieser stellte dem geistreichen und gefürchteten Schriftsteller wichtige Beiträge zur Geheimgeschichte der letzten Jahre als neue Waffen zur Verfügung. Holstein wählte Harden, um Eulenburg zu treffen und zu vernichten; der gemeinsame Feldzug führte zum Siege. So kühlte Holstein seine Rache¹⁾.

¹⁾ Holstein und Eulenburg waren von Bismarck als Miturheber seines Sturzes bezeichnet worden, weshalb Harden lange Zeit die beiden Männer lebhaft bekämpfte. Indessen knüpfte Holstein unmittelbar nach der eigenen Entlassung mit Harden an, um dessen, wie er versicherte, ungerechte Vorurteile zu zerstreuen. Zu den von Holstein gegen Eulenburg erhobenen Vorwürfen gehörte, daß der Fürst bei einem Besuche des Kaisers auf Schloß Liebenberg auch den französischen Legationssekretär Lecomte einlud, einen Genossen der Verirrungen Eulenburgs. Zu Lecomte hätte der Kaiser in seiner Arglosigkeit Äußerungen getan, aus denen die französische Regierung schließen konnte, daß er es wegen Marokkos nicht zum Bruche treiben werde. So konnte Rouvier seine Forderungen ohne Gefahr höher spannen. Sicher ist, daß Fürst Eulenburg den Kaiser in seiner Auffassung der Marokkofrage bestärkte und so dazu beitrug, Holstein beiseite zu schieben. Vgl. Hardens „Köpfe“, Band I, S. 116—125 und die einschlägigen Artikel in der „Zukunft“.

*

Belgien im Lager der Feinde Deutschlands

Zur Geheimgeschichte dieser Tage gehört es, daß es den zwei Westmächten gelang, auch Belgien in ihre militärischen Vereinbarungen hineinzuziehen, wiewohl die Gesandten Belgiens in London, Paris und Berlin ihre Regierungen immer vor den Kriegsabsichten Eduards VII. warnten. Aber den Beweggrund König Leopolds II. ist ein Zweifel nicht möglich. Es war in erster Linie nicht die Rücksicht auf das Wohl Belgiens; der König dachte dabei vor allem an den Kongostaat, seine eigenste Schöpfung. Der Kongo war damals noch (bis 1908) sein persönlicher Besitz, dort hatte er große Kapitalien festgelegt, dort vergrößerte er sein Vermögen auch weiterhin. Trat er nun mit England und Frankreich in den Bund, so war der Kongostaat durch die Flotten der zwei Westmächte geschützt. Ob der König annahm, seine Schöpfung wäre durch die Kolonialpläne Deutschlands gefährdet, läßt sich nach dem Stande unserer Kenntnisse weder behaupten noch bestreiten; die englischen Versucher werden dieses Schreckbild jedenfalls vorgeführt haben.

England besaß eine Handhabe, um Leopold II. kirre zu machen, wenn er sich nicht aus freien Stücken fügen wollte. Das waren die im Kongostaat an den Eingeborenen verübten Gewalttaten, von denen bereits die Rede war (Bd. I, S. 195—197). Im Jahre 1903 war in England gegen diese Frevel von neuem eine von menschlichen Empfindungen hervorgerufene Bewegung entstanden, zu welcher Morel den Anstoß gab. Die britische Regierung machte sich die ehrliche Entrüstung zunutze, um auf Leopold zu drücken: die „Morning Post“ behauptete, Belgien sei zur Verwaltung des Riesengebietes nicht fähig und schlug vor, den Kongostaat zwischen England, Frankreich und Deutschland zu teilen. Die Bewegung gegen die Greuel war aus dem liberalen Lager hervorgegangen und von den Führern der Partei, auch von Grey, warm gefördert worden; ihn leitete aufrichtige Teilnahme für die unglücklichen Eingeborenen, er verlor aber dabei das Wohl Englands nicht aus dem Auge. Morel und seine Freunde betrieben die Übertragung der Souveränität im Kongo von dem König, der sie selbstherrlich und nach Willkür übte, auf den belgischen Staat, dessen Minister für die Regierung verantwortlich gemacht werden konnten, und Grey nahm diese Forderung

als die der englischen Regierung auf. Dagegen sträubte sich Leopold, der erst nach seinem Ableben Belgien zum Eigentümer erhoben sehen wollte. Um sich den Griffen des englischen Kabinetts zu entziehen, vielleicht um es milder zu stimmen, ging er auf die ihm gleichzeitig vorgeschlagene Militärkonvention ein, durch die Belgien in das englisch-französische System hineingezogen wurde. So kam es zu der Vereinbarung, die acht Jahre geheim blieb und erst enthüllt wurde, als die Papiere des belgischen Kriegsministeriums 1914 den Deutschen in die Hände fielen¹⁾.

Das wichtigste dieser Schriftstücke ist ein Brief des Chefs des belgischen Generalstabes, Ducarne, an den belgischen Kriegsminister vom 10. April 1906. Das Datum ist beachtenswert, drei Tage war's nach der Unterzeichnung der Friedensakte von Algieras. Jenem Schreiben ist zu entnehmen, daß die Unterhandlungen schon im Januar 1906 begannen, daß der belgische Generalstabchef mit dem englischen Militärbevollmächtigten in Brüssel, Oberstleutnant Barnardiston, einen eingehenden Plan für die gemeinsame Operation eines englischen Heeres von 100 000 Mann mit der belgischen Armee ausgearbeitet hatte. Dieser Plan war vom Chef des englischen Generalstabes, General Grierson, gebilligt worden. Also ein Entwurf der Verbindung der „verbündeten Armeen“, wie es in dem Schriftstück heißt, doch mit dem Vorbehalt, daß das Abereinkommen erst im Falle eines Angriffs Deutschlands auf das neutrale Land seine Wirkung zu üben hätte²⁾.

Man erfährt daraus weiter, daß die Landung einer englischen Armee in Antwerpen nicht möglich war; es hatte sich die Schwierigkeit ergeben, daß die Niederlande die Zufahrt in diesen Hafen, der durch

¹⁾ „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 13. Oktober 1914 und 19. Februar 1916. „Belgische Aktenstücke 1905—1914.“ Herausgegeben vom Auswärtigen Amt, S. 21, 35, 47. Über den Zusammenhang der Militärkonvention mit der Kongopolitik des Königs siehe den Aufsatz von Rathgen in den Preussischen Jahrbüchern, Band 162, Jahrgang 1915.

²⁾ Die deutsche Regierung fand bloß das Konzept des Berichtes des Generals Ducarne vor, der endgültige Wortlaut wurde in der Schrift Emil Warweilers, „Hat Belgien sein Schicksal verschuldet?“ (Zürich 1915) veröffentlicht, der im wesentlichen dasselbe enthält. Daraus geht klar hervor, daß die vom Januar bis zum April 1906 dauernden Besprechungen zu einem bindenden Abschlusse führten. Warweiler, der den belgischen Standpunkt vertritt, bestreitet dies mit schwachen Gründen. Unhaltbar ist seine Behauptung, daß der englische Oberstleutnant Barnardiston nicht als Bevollmächtigter betrachtet werden kann. Wenn auch das Abkommen nirgends eine Militärkonvention genannt wird, so ändert dies nichts an der Sache.

die ihnen gehörende Scheldemündung geht, nicht freigeben wollten. Die englische Regierung muß dies bei der niederländischen angeregt haben, denn Barnadiston erklärte dem belgischen Generalstabschef, daß auf die Unterstützung Hollands nicht zu rechnen wäre. Belgien dagegen, obwohl ein neutraler Staat, setzte sich über derartige Bedenken hinweg. Da Antwerpen entfiel, wurden in dem Übereinkommen französische Häfen für die Landung in Aussicht genommen; Calais, Dünkirchen, Boulogne. Darüber ward auch mit Frankreich das Notwendige vereinbart. Von jenen Ausschiffungspunkten würden die englischen Truppen auf belgischen Eisenbahnzügen in ihren Aufmarschraum gebracht werden. Für Dolmetscher bei der britischen Armee, für die Begleitung durch belgische Gendarmen wurde das Geeignete verabredet, ebenso für die Versorgung englischer Verwundeter. Endlich war auch der Austausch von Ergebnissen der Spionage über deutsche Rüstungen ins Auge gefaßt. War das Geplante zu Beginn des Krieges ins Werk gesetzt und die Nordsee von deutschen Kriegsschiffen gesäubert, dann sollte Antwerpen die Basis der englischen Armee werden. Der gemeinsame Feldzug gegen Deutschland war also sauber aufs Papier gebracht.

Das war vielleicht nur ein Teil der Verabredung, aber das bisher Bekanntgewordene genügt. Nun war Belgien durch den europäischen Vertrag vom 15. November 1831 neutral erklärt worden und erfreute sich seither des Vorteils dieses Verhältnisses. Es setzte sich jetzt darüber hinweg. Die belgische Regierung ließ während des Weltkrieges wiederholt erklären, sie habe sich bloß auf die Verteidigung gegen einen etwaigen Angriff Deutschlands eingerichtet; sie wäre zur Kriegsführung nur für den Fall bereit gewesen, wenn ein deutsches Heer ins Land gebrochen sei. Hegte sie aber diese Besorgnisse, so war sie gehalten, sich mit Deutschland auseinanderzusetzen, bevor sie fremde Hilfe anrief. Die Neutralität legte ihr die Verpflichtung auf, sich von den Welthändeln fernzuhalten; in militärische Abmachungen durfte sie sich weder mit Deutschland noch mit seinen Gegnern einlassen. In der Tat wurde der Vertrag gerade vor den erfahrensten Mitgliedern der belgischen Diplomatie geheimgehalten, die, wie wir gesehen haben, bis zum Kriege ihre Regierung zur Vorsicht und Zurückhaltung mahnten. Als nun Deutschland 1914 von Belgien, ähnlich wie von Luxemburg, Neutralität heischte, war das Land bereits durch Verträge für England und Frankreich verpflichtet; so wurde Belgien der Feind des Deutschen Reiches mit allen Folgen für Land und Volk. Die Anregung zu dem

Waffenbündnisse war, wie Winston Churchill später mitteilte, von England ausgegangen; Lord Loreburn erwähnt noch, daß das Abkommen nie zur Kenntnis des englischen Kabinetts gebracht wurde, obwohl, wie er sarkastisch hinzufügt, die Wahlen schon lange früher vorgenommen waren, so daß sie nicht als Vorwand der Geheimdiplomatie gebraucht werden konnten¹⁾.

In Frankreich waren zu dieser Zeit neue Männer ans Ruder gekommen. Als Loubets Amtsdauer endigte, wurde am 18. Februar 1906 Fallières zum Präsidenten der Republik gewählt, was nur einen Personenwechsel bedeutete. Wichtiger war der Rücktritt Rouviers, der in der Kammer aus Gründen der inneren Politik in die Minderheit kam. Er hatte noch Zeit gefunden, eine große Reform durchzuführen, die Trennung des Staates von der Kirche. Bis dahin waren Bischöfe und Pfarrer, protestantische Pastoren und Rabbiner aus Staatsgeldern besoldet worden; das Gesetz vom 11. Dezember 1905 machte dem ein Ende, die Summen wurden aus dem Budget gestrichen. Seitdem hörte aber auch die Besetzung der Bischofsitze durch die Regierung auf, jede Kirche bestellte und bezahlte ihre Priester selbst. Mit diesem Gesetz war die Lebenskraft des Kabinetts Rouvier erschöpft; am 14. März 1906 trat Sarrien an die Spitze der neuen Regierung, in der Clemenceau die Hauptperson war. Dieser bildete am 25. Oktober des Jahres selbst ein Ministerium und war bis 1909 der maßgebende Mann, der auch die Richtung der äußeren Politik bestimmte, wenngleich Stephen Pichon dem Namen nach deren Leitung führte. Clemenceau hielt dieselbe Linie ein wie Rouvier; auch er wollte sich nicht in einen Krieg mit Deutschland hineinziehen lassen, ging aber mit der englischen Regierung Hand in Hand, in der richtigen Erkenntnis, daß die zwei Westmächte dadurch ihren Einfluß in der Welt vergrößerten. Belgiens Beitritt war ein weiterer Vorteil. Dessen König erreichte zwar in der Form nicht seinen eigentlichen Zweck, die Festhaltung seiner persönlichen Souveränität im Kongostaat, die er 1908 doch dem belgischen Staate abtreten mußte. Aber da er vorher vier Gesellschaften gebildet hatte, welche seine wirtschaftlichen Vorrechte im Kongo übernahmen und in denen er durch seinen Aktienbesitz eigentlich gebot, erlitt sein Vermögen keine Minderung. Als er am 17. Dezember 1909 starb, hinterließ er seinen Töchtern und Verwandten ein gewaltiges Erbe. Die englische Regierung

¹⁾ Loreburn, „How the war came“, S. 84, 85.

trat mit der Zeit gelinder auf, so daß Morel sich erbittert von Grey abwandte, von dem er sich für mißbraucht erklärte. Man blickt in die Werkstatt des englischen Ministers hinein, wenn man erfährt, daß er, um Belgien zu schonen, die Berichte der Konsuln und Agenten über Kongogreuel nicht mehr veröffentlichen ließ und diese 1911 anwies, in ihren Berichten die belgischen Behörden schonender zu behandeln, auch auf Schwierigkeiten Rücksicht zu nehmen, mit denen sie selbst zu kämpfen hätten¹⁾. Dadurch erreichte England 1912 neue militärische Vereinbarungen mit Belgien. So geschickt mischte die britische Regierung die Karten; immer aber war Trumpf nicht Menschlichkeit, in deren Namen sie auftrat, sondern politischer Vorteil.

*

Ergebnisse der Algeciraskonferenz

Bei dem abschließenden Urteil über die Marokko-Konferenz ist zwischen dem altemäßigen Satbestand und den allgemeinen Verhältnissen zu unterscheiden. Die Gesamtlage gestaltete sich für Deutschland ungünstig; es war bloß von Österreich-Ungarn unterstützt worden, sonst aber diesseits wie jenseits des Ozeans vereinsamt. Dagegen konnten die formellen Beschlüsse der Konferenz nicht ein voller Sieg Frankreichs, nicht eine Niederlage Deutschlands genannt werden. Der Republik entging das sehnlich gewünschte Protektorat über den Sultan, besonders der Oberbefehl über dessen Armee, was im Frühjahr 1905 von Frankreich angestrebt worden war. Die sogenannte Souveränität des Sultans wurde aufs neue anerkannt und blieb Bestandteil des Völkerrechtes. Übrigens zeigte sich bereits in Algeciras, daß Marokko sich fremde Eingriffe gefallen lassen mußte; es war überhaupt nicht einzusehen, was seine Unabhängigkeit mit den Lebensinteressen der deutschen Nation zu tun hatte²⁾.

¹⁾ Diese Eröffnung machte Grey dem belgischen Gesandten Lalaing.

²⁾ Das französische Hauptwerk über die Epoche (A. Debidour, „Histoire diplomatique de l'Europe“, IV. Band, Paris 1918) gibt zwar über die Vorgänge in Algeciras nach den bereits veröffentlichten Akten eine gute Darstellung, ist aber für den inneren Zusammenhang der Geschehnisse nicht unterrichtend und oft irreführend. Es fehlt dem Verfasser vollständig die

Herbe war die Kritik, die in Deutschland an der äußeren Politik des Reiches geübt wurde. Die Mehrheit der Nation war zwar einverstanden, daß der Kaiser es nicht zur Kraftprobe durch das Schwert hatte kommen lassen, sie empfand aber die Vereinsamung unter den Völkern mit Mißbehagen. Demgegenüber gab es eine starke Strömung, welche der Nachgiebigkeit der Regierung die Schuld an dem Mißerfolge beimaß; dieses Urteil entsprang dem Bewußtsein der eigenen, besonders der militärischen Kraft.

Wortführer dieser Anklage war jetzt und durch Jahre Maximilian Harden, der nicht müde wurde, die Leser seiner „Zukunft“ hartzuschmieden. Nie war ihm die deutsche Regierung kraft- und rücksichtslos genug, und er hielt ihr am 1. April 1909 vor: „Im Bereiche der Politik herrscht nicht Individualsittlichkeit, hämmert von jeher Macht sich das Recht!“ Loszuschlagen, wenn es der Vorteil heischte, war seine Losung, und er nahm es auf seine Kappe, daß man ihm vorhielt, dies sei eine Brigantenpolitik. Dabei galt ihm England als der Hauptgegner, gegen den auch Frankreich als Bundesgenosse angeworben werden müsse, sei es mit Güte oder Gewalt. Deutschland hätte gelegentlich der Marokkokrise zu Frankreich sagen sollen: „Jeder Gegner, den ich hatte und haben werde, ist Deines Beistandes sicher; seit fünf- unddreißig Jahren hinderst Du mich, frei die Arme zu rühren; jetzt bist Du auf dem Kontinent allein; gib unerfüllbare Hoffnungen auf und laß uns fortan einträchtig handeln, dann können wir unsere Heere um die Hälfte verringern, gemeinsam dem neuen Rußland, das schüchtern aus den Ruinen steigt, aufhelfen und mit verstärkten Flotten zu dreien Europas Kolonialbedürfnis gegen England asskurieren. Willst Du aber nicht, willst weiter wie ein dauernder Alb um den Wasgenwald schleichen, dann sei der alte Zwist lieber auf der Stelle gleich ausgefochten. Überlege; nur bitte, recht schnell.“ Damit drang Harden

Kenntnis des Getriebes im Rate Kaiser Wilhelms, er gibt, was viel auffallender ist, auch keinen Einblick in die von England bei der Entlassung Delcassés gespielte Rolle, über die doch auch in französischen Büchern viel Aufklärung zu finden ist. Diese Mängel sind bedenklicher als die nicht gerade auffallende Gewohnheit Debidours, die französische Politik im schönsten Lichte, die deutsche dagegen als anmaßend, tückisch, intrigant darzustellen. Daß Wilhelm II. für die friedliche Lösung entschied, wird von Debidour verschwiegen. Während er sonst deutsche und englische Bücher benützt, fehlen diese fast gänzlich in der langen Liste der Seite 1 und 25 von ihm über den Marokkohandel angeführten Werke. Solcher Mängel, einer derartigen Enge des Gesichtskreises, dürfte sich ein deutscher Historiker nicht schuldig machen, ohne sich in seinem Lande strengem Tadel auszusetzen.

auf den Vorbeugungskrieg, vor dem Bismarck abgemahnt hatte und den der Kaiser und Bülow weit von sich wiesen.

Von solchen zügellosen Temperamentsausbrüchen hielt sich der Alldeutsche Verband in seinen öffentlichen Rundgebungen frei, verurteilte aber ebenso strenge wie Harden das Zurückweichen der deutschen Regierung in Marokko. Anfangs, als diese im Spätherbst 1905 sich zum scharfen Angreifen entschloß, jubelten die Alldeutschen, daß sie, trotz dem Spotte Bülows über sie, doch recht behalten hätten, genau wie in der Flotten- und in der Polenpolitik, wo sie um manches Jahr vorher Machtentfaltung gefordert hatten, bis das amtliche Deutschland ihren Winken Folge leistete.

Ihre Enttäuschung war groß, als die Reichsregierung als ihren Leitgedanken die Souveränität des Maghzen verkündigte, und weiter erklärte, daß sie ein für allemal auf Stücke marokkanischen Landes verzichte. Diesmal hatte der Alldeutsche Verband die richtige realpolitische Witterung; er verwarf, ohne damals noch von den Teilungsvorschlägen Delcassés und Rouviers etwas zu wissen, die marokkanische Ideologie der Regierung und stellte fest, daß der Kaiser zu Tanger der deutschen Politik etwas Verkehrtes zum Ziele setzte. Wenn die Regierung nichts anderes wünsche, als Marokko unverehrt zu erhalten, weshalb der Lärm? so fragte Heinrich Claf, und er fuhr fort: „Wir fürchten, daß unser Kaiser schlecht beraten wurde, als er sich entschloß, Tanger zu besuchen, und könnten es nur bedauern, wenn seine Person einem Mißerfolge ausgesetzt wird¹⁾.“

Als Deutschland zum Schlusse das Ergebnis der Marokkokonferenz über sich ergehen ließ, brausten die Alldeutschen auf und beschuldigten Wilhelm II. und den Kanzler einer die Nation vor aller Welt bloßstellenden Schwäche. Wollte Deutschland sich als Weltmacht behaupten, so dürfe es einen Waffengang nicht scheuen. Dadurch freilich wäre der Weltkrieg voraussichtlich zehn Jahre früher, als er ausbrach, entfesselt worden. Allerdings standen die Dinge 1906 günstiger, da Rußland nach dem japanischen Kriege und während der Revolution siech darniederlag. Der überlegenen militärischen Landmacht Deutschlands wäre das Niederwerfen des französischen Heeres wahrscheinlich gelungen;

¹⁾ Alldeutsche Blätter 1905, Nr. 13. Dazu die vom Verband herausgegebenen Flugschriften „Marokko verloren?“ von H. Claf und „Warum brauchen wir Marokko?“ von Joachim Graf v. Pfeil (beide München 1905).

in dieser Voraussicht hätte es sich die französische Regierung mehr als einmal überlegt, es auf die Waffenprobe ankommen zu lassen. Wäre es dazu gekommen, so würden die Engländer die Gelegenheit benützt haben, um in die damals noch wenig erprobten deutschen Häfen einzudringen und dort die Kriegsflotte zu vernichten.

Diese Vorwürfe richteten sich in erster Linie gegen den Kaiser. Denn es war allgemein bekannt, daß, während Holstein es auf Biegen oder Brechen ankommen lassen wollte, Wilhelm II. entschieden hatte, der Bruch sei zu vermeiden. Die Freunde scharfen Durchgreifens tadelten die Äußerungen des Kaisers zu der französischen Offiziersabordnung im Juni 1905, noch mehr, daß er auf dem Höhepunkt der Krisis den französischen Legationssekretär Lecomte über seine Absichten beruhigte. Richtig ist, daß seine Redseligkeit die darüber unterrichtete französische Regierung zum zähen Aussharren ermutigte; Holstein hat darin die Ursache des Schiffbruches seiner Politik gesehen. Stellt man die Reden des Kaisers in den Jahren während des Buren- und Bokerkrieges neben die während der Marokkokrise, so stößt man dort auf Worte überschwänglichen Machtgefühls, hier überwiegen in dem krausen Gemisch Versicherungen der Friedensliebe. In die frühere Zeit fällt die Hunnenrede gegen die Chinesen (Band I, Seite 332) und die ihr vorhergehende, vom 3. Juli 1900, in der Deutschlands Eintritt in die Weltpolitik bombastisch angekündigt wird. Dagegen bekannte sich der Kaiser, bevor er sich auf die Reise nach Tanger begab, am 23. März 1905 zu Bremerhaven zu besonnenster Auffassung seiner Pflichten und Rechte. Er lehnte für sich und die deutsche Nation den Gedanken ab, der Schöpfung eines Weltreiches zuzustreben, das, wie er sagte, durch Blut gegründet, auf der Unterjochung anderer Völker aufgebaut wäre. Dann fuhr er fort: „Das Weltreich, das ich mir erträumt habe, soll darin bestehen, daß vor allem das neuerschaffene Deutsche Reich von allen Seiten das absolute Vertrauen als eines ruhigen, ehrlichen und friedlichen Nachbarn genießen soll und daß, wenn man dereinst von einem deutschen Weltreich oder einer Hohenzollernweltherrschaft in der Geschichte reden sollte, sie nicht auf Politik gegründet sein soll durch das Schwert, sondern durch gegenseitiges Vertrauen der nach gleichen Zielen strebenden Nationen.“ Dem Kaiser sollte es nicht vergönnt sein, dieses Ziel zu erreichen; es war vielmehr sein Schicksal, der Urheberschaft des furchtbaren Zusammenstoßes geziehen zu werden, den er tatsächlich um Jahre hinauschieben half.

Am schärfsten wurde Wilhelm II. von Harden angefaßt, der ihm das wiederholte Zurückweichen in der Marokkofrage als persönliche Schuld anrechnete. Mit schneidendem Hohne belegte er den Kaiser zuerst mit dem Beinamen „Wilhelm der Friedliche“, um ihn 1907 mit dem „Wilhelm der Furchtsame“ („Guillaume le timide“) zu vertauschen, den der Franzose Jules Huret aufgebracht hatte. So Harden, als Deutschland die feindseligen Reden französischer Generäle und Minister im Frühjahr 1907 hinnahm und, wie sich der scharfe Kritiker ausdrückte, eine Herausforderung einsteckte, „wie das Deutsche Reich sie seit seiner Geburt nicht erlebt hatte“. So schrieb derselbe Mann, der seit 1916 und noch schärfer nach dem Zusammenbruch Deutschlands Wilhelm und seine Minister mit der alles Maß überschreitenden Hassesanlage verfolgte, sie hätten den Weltkrieg verschuldet. In seinen Aufsätzen spiegelt sich der jähe Umschwung der wandelbaren öffentlichen Meinung.

Den Anklagen gegen die Reichspolitik trat Bülow am 14. November 1906 im Reichstage durch eine Rede entgegen, in der er die aus der Weltlage sich ergebenden Schwierigkeiten auseinandersetzte und unter anderem sagte: „Sie wissen alle, meine Herren, daß die Ströme nicht rückwärts fließen, daß ein fünfzigjähriger Mann sich nicht in einen vierzigjährigen zurückverwandeln kann. Sie wissen, welche elementaren Triebkräfte: die rasche Zunahme unserer Bevölkerung, der gewaltige Aufschwung unserer Industrie, die Unternehmungslust unserer Kaufleute, die wirtschaftliche Tüchtigkeit des deutschen Volkes, uns in die Weltpolitik hineingeführt und überseeische Interessen für uns geschaffen haben¹⁾.“ Bülow hatte darin recht, daß Deutschland durch den Aufschwung seiner Volkswirtschaft, besonders des überseeischen Handels, vor völlig neue Aufgaben gestellt war und sich in dem großen Spiel der Kräfte erst zurechtfinden mußte. Noch aber war die preußisch-deutsche Politik mit ihren festländischen Überlieferungen nicht in das neue Gewand hineingewachsen. So kam es, daß Deutschland den Weltmächten gegenüber zuletzt allein stand, gestützt bloß auf das von Bismarck geschaffene Festlandsbündnis. Diese überkommene Rüstung reichte jedoch unter den neuen Gefahren nicht aus.

Ohne dies in Betracht zu ziehen, stellte sich Deutschland nicht bloß durch die Vergrößerung seiner Flotte und durch den dem osmanischen

¹⁾ Die Alldeutschen, dies betonte der Reichskanzler, erschwerten ihm noch durch ihre alle Nachbarn herausfordernde Politik seine Aufgabe.

Reiche gewährten Schutz — wozu die triftigsten Gründe vorlagen —, sondern überflüssigerweise auch mit seiner Marokkopolitik den anderen Mächten in den Weg. Das war zu viel. In Marokko wollte es nicht auf Ausgleich und Teilung eingehen; und damit wählte es ein Verfahren, das dem von England in der ganzen Welt befolgten entgegengesetzt war. Großbritannien ging überall auf Abfindung der Wettbewerber aus und teilte fremde Landgebiete auf, wenn es dabei nur das beste Stück zugesprochen erhielt. Dagegen steifte sich das Deutsche Reich auf die Rolle des Mannes mit den zugeknöpften Taschen, so daß auch ihm niemand etwas zulieb tun wollte.